

Inhaltsverzeichnis

POLITIK UND BÜRGERINNENSERVICE	4
ÖSTERREICH	4
<i>Europäisches Parlament startet Bürgerforen in Österreich</i>	<i>4</i>
<i>Föderalismus-Preis 2007 ausgeschrieben</i>	<i>4</i>
TSCHECHIEN	4
<i>Prag: Neues Obdachlosenzentrum für bis zu 350 Personen</i>	<i>4</i>
SLOWAKEI	5
<i>Das Bild der Slowakei wird immer schlechter</i>	<i>5</i>
<i>Kataster ab morgen kostenlos</i>	<i>5</i>
<i>Regierungsviertel in Vorbereitung</i>	<i>5</i>
<i>Das Finanzministerium veröffentlicht das Euro-Handbuch</i>	<i>5</i>
UNGARN	6
<i>Blickrichtung Osten</i>	<i>6</i>
<i>Vertrauensverlust für ungarische Elite</i>	<i>6</i>
<i>Erneut Ausschreitungen vor Parlament</i>	<i>6</i>
<i>199 Ungarn verklagen Gyurcsány</i>	<i>7</i>
HUMANRESSOURCEN UND CHANCENGLEICHHEIT	7
ÖSTERREICH	7
<i>Beschlüsse der Niederösterreichischen Landesregierung zum Thema „Sucht“</i>	<i>7</i>
<i>Aktuelle Umfrage: Bauern als Landschaftspfleger und Lebensmittelerzeuger</i>	<i>7</i>
<i>"Grüner Bericht 2006" liegt vor</i>	<i>7</i>
TSCHECHIEN	8
<i>Baby-Boom an der Moldau</i>	<i>8</i>
SLOWAKEI	8
<i>Höchste Produktivität innerhalb der V4</i>	<i>8</i>
<i>Handwerker können ein Gewerbe ohne Praxis betreiben</i>	<i>9</i>
UNGARN	9
<i>Sonderschule für Roma geschlossen</i>	<i>9</i>
<i>Roma-Frauen sind doppelt benachteiligt</i>	<i>9</i>
<i>Bürgermeister spricht ein Machtwort</i>	<i>9</i>
<i>Zentrum für seelische Gesundheit in Eisenstadt eröffnet</i>	<i>10</i>
EU-FÖRDERPROGRAMME	10
ÖSTERREICH	10
<i>Beschlüsse der Niederösterreichischen Landesregierung bezüglich der EU-Förderungen</i>	<i>10</i>
TSCHECHIEN	11
<i>Tschechien hat Probleme beim Lukrieren von EU-Geldern</i>	<i>11</i>
SLOWAKEI	11
<i>Erste Ausschreibungen bereits Ende September, Euro-Fonds noch heuer</i>	<i>11</i>
<i>Milliarden von der EU werden nicht genutzt</i>	<i>11</i>
<i>Minister beraten über ein Krisenszenario - Die Regierung gibt eine Krise zu</i>	<i>11</i>
UNGARN	12
<i>Grünes Licht für Interreg-Nachfolgeprogramm durch Ungarische Regierung</i>	<i>12</i>
<i>EU-Projektgelder für Ungarn zugeteilt</i>	<i>12</i>
VERKEHR UND SANFTE MOBILITÄT	12
ÖSTERREICH	12
<i>Sanfte Mobilität – Umweltfreundlich reisen</i>	<i>12</i>
TSCHECHIEN	13
<i>Prag: 2.500 Radfahrer feierten „Tag ohne Autos“</i>	<i>13</i>
<i>Ab 2008 freie Fahrt in alle Nachbarstaaten</i>	<i>13</i>
SLOWAKEI	13
<i>Neues Straßenverkehrsgesetz</i>	<i>13</i>
<i>Forststraßenkarten im Handel</i>	<i>13</i>
UNGARN	14
<i>Interessensphäre Donau</i>	<i>14</i>

SkyEurope bricht die Zelte ab.....	14
Überfüllte Straßen, leere Parkhäuser	14
UMWELT UND ERNEUERBARE ENERGIE	15
ÖSTERREICH	15
<i>Technologietransfer für Biomasse und Biogas in Niederösterreich, Tschechien und der Slowakei</i>	15
<i>Land forciert alternative Energieträger</i>	15
<i>Wieselburg erhält neues Technologiezentrum</i>	15
TSCHECHIEN	16
<i>Größtes Solarkraftwerk Tschechiens entsteht.....</i>	16
<i>Run auf Bioenergieförderung.....</i>	16
SLOWAKEI	16
<i>Mehr als 700 Tausend Kronen für fünf grüne Projekte.....</i>	16
<i>Drei Viertel der Slowaken trennen angeblich Abfall.....</i>	17
<i>Region Košice will keine Windenergie.....</i>	17
<i>Zieselkolonie wird vom Flughafen nach Záhorie übersiedelt.....</i>	17
UNGARN.....	17
<i>Was taugt der Kompromiss in der Raab-Affäre</i>	17
<i>Erdwärme – Nur heiße Luft?.....</i>	18
<i>Chinesische Firma geht nach Ungarn</i>	18
<i>Referendum über 2. Atomkraftwerk.....</i>	18
WIRTSCHAFT UND REGIONALER WETTBEWERB.....	19
ÖSTERREICH	19
<i>Fachmarktzentrum in Bruck wird erweitert</i>	19
<i>Lebensmittel aus Niederösterreich sind garantiert sicher.....</i>	19
<i>Regionext - die steirische Antwort auf den EU-Standortwettbewerb.....</i>	19
<i>41 Neuansiedlungen und Erweiterungen in Niederösterreich</i>	20
<i>Niederösterreich bewirbt sich um ein K2-Forschungszentrum</i>	20
TSCHECHIEN	20
<i>Tschechien öffnet 2008 Arbeitsmarkt für Ausländer.....</i>	20
<i>Industrie & Handel: Tschechien sucht Facharbeiter</i>	21
<i>Ausländische Investoren steigen im tschechischen Biergeschäft ein</i>	21
SLOWAKEI	21
<i>Tresorenfabrik.....</i>	21
<i>Kein „Plan B“ für die slowakische Krone.....</i>	22
<i>Šamorín bekommt einen Betrieb für 60 Millionen.....</i>	22
UNGARN.....	22
<i>Auf Ungarns Immomarkt ist der Zug abgefahren.....</i>	22
<i>“Ostfront“ gegen OMV?.....</i>	23
<i>Leichtes BIP-Wachstum in Ungarn.....</i>	23
<i>Strabag baut in Südungarn</i>	23
<i>Raiffeisen finanziert Bahnbau.....</i>	23
REGIONALENTWICKLUNG UND -KOOPERATION.....	24
ÖSTERREICH	24
<i>Schwarzmeerregion Schwerpunkt in österreichischer Nachbarschaftspolitik</i>	24
<i>Das Land Niederösterreich unterstützt Kooperationen mit der Slowakei</i>	24
<i>Impuls für ein Mittel- und Osteuropäisches Wissenschafts- und Forschungsnetzwerk</i>	24
<i>Niederösterreichisch-Rumänische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes.....</i>	24
<i>Erfolgreiche Vermarktung des Standorts Centrope geht weiter</i>	25
TSCHECHIEN	25
<i>Positive Zeichen aus Tschechien für Skischaukel über die Grenze.....</i>	25
SLOWAKEI	26
<i>Zwei Auslandsinvestoren wollen in der Slowakei drei Windkraftwerke bauen</i>	26
<i>Flächenwidmungsplan der Stadt Bratislava im Internet</i>	26
UNGARN.....	26
<i>Haydn-Aufwand.....</i>	26
<i>Verleihung des CENTROPE-Preises.....</i>	26
<i>Burgenland wird internationale Drehscheibe für Kunststoff-Industrie – Fachtagung in der Wirtschaftskammer Burgenland.....</i>	27

TOURISMUS UND KULTURELLE VIELFALT	27
ÖSTERREICH	27
<i>Baden wird bis 2012 Kompetenzzentrum für internationale Gartenkultur</i>	<i>27</i>
<i>Start der regionalen Betreuung zur Landesausstellung 2009</i>	<i>27</i>
<i>Exkursion zu prämierten Schaugärten.....</i>	<i>28</i>
TSCHECHIEN	28
<i>Prager Theater wird neues Havel-Stück uraufführen</i>	<i>28</i>
SLOWAKEI	28
<i>Nationaler Salon lädt zu 100 Weinen ein.....</i>	<i>28</i>
UNGARN.....	29
<i>60 Millionen für Schloss Eisenstadt</i>	<i>29</i>
<i>Neues Munkácsy-Gemälde entdeckt</i>	<i>29</i>
<i>Lendvais "zutiefst persönlicher" Bericht.....</i>	<i>29</i>
<i>Neusiedler See Tourismus ausgezeichnet</i>	<i>29</i>

Österreich

Europäisches Parlament startet Bürgerforen in Österreich

Am 13. September 2007 startet das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich eine Initiative, allen Bürgern ein Forum für Fragen zur Europäischen Union zu bieten. Unter dem Namen "Bürgerforum" werden mehrere Veranstaltungen in ganz Österreich organisiert, in denen Abgeordnete des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Vertretern der jeweiligen Region allen interessierten Bürgern zu aktuellen Europa-Themen Rede und Antwort stehen. Bei der Auftaktveranstaltung werden in Graz vor allem Fragen zu Verkehrspolitik, Klimawandel, Umweltschutz, Gesundheit, der Zukunft der EU und Infrastruktur erwartet. Durch die zentrale Lage sowie die verstärkte Anbindung an den mittel- und osteuropäischen Raum steht die Steiermark vor neuen Herausforderungen. "Jede Region hat spezielle Themen, die den Bürgern besonders am Herzen liegen. Mit dem Bürgerforum möchten wir allen Interessierten die Möglichkeit bieten, genau diese mit Vertretern des Parlaments und Experten der Region zu diskutieren", so Mag. Wolfgang Hiller, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich.

Am 8. November 2007 werden die Abgeordneten zum Europäischen Parlament aus dem Bundesland Niederösterreich gemeinsam mit Vertretern des Landes allen Interessierten Rede und Antwort stehen. Anfang März 2008 steht Innsbruck auf dem Programm.

Interessierten wird durch das Bürgerforum die Möglichkeit einer direkten Diskussion mit ihren gewählten Europaabgeordneten in Brüssel und Straßburg geboten. Dies ist mit Blick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament von besonderer Bedeutung. Die nächsten Europawahlen finden im Juni 2009 statt.

Quelle: OTS, 06.09.2007

Föderalismus-Preis 2007 ausgeschrieben

Auf Initiative des Instituts für Föderalismus haben die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg für besonders bemerkenswerte Initiativen oder Forschungsarbeiten zur Förderung und Sicherung des Subsidiaritätsgedankens in Österreich den Föderalismus-Preis 2007 ausgeschrieben. Dieser Preis wird an Personen, Personengruppen oder Institutionen verliehen, die durch ihre Leistungen oder ihr Wirken beispielgebend sind, etwa durch journalistische oder wissenschaftliche Arbeiten, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Verdienste, grenzüberschreitenden Regionalismus oder soziales Engagement.

Der österreichische Bundesstaat ist die rechtliche Verwirklichung des Föderalismus. Dabei sollen vom Bund nach dem Subsidiaritätsprinzip nur jene Aufgaben übernommen werden, die von den Ländern oder Kommunen nicht bürgernäher erfüllt werden können. Im Rahmen der Diskussion über die Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften bekennt sich Niederösterreich klar zum Föderalismus in Gesetzgebung und Vollziehung. In diesem Zusammenhang sollen klare Rahmenbedingungen zu klaren Zuständigkeiten und vorhersehbaren Entscheidungen führen.

Die österreichische Bundesstaatlichkeit ist durch die Verfassungsautonomie der Länder, die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes in Form des Bundesrates, den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die von den Ländern durchgeführte mittelbare Bundesverwaltung sowie verschiedene Elemente des kooperativen Föderalismus gekennzeichnet.

Quelle: OTS, 11.07.2007

Tschechien

Prag: Neues Obdachlosenzentrum für bis zu 350 Personen

Die Stadt Prag wird im Oktober eine neue Stelle für Obdachlose eröffnen. Das Zentrum befindet sich im Stadtkern und besteht aus 24 Baucontainern, die bis zu 350 Leute beherbergen können. Die Errichtung kostete rund 10 Mio. CZK (357.000 EUR), die jährlichen Betriebskosten werden auf 3,2 Mio. CZK (114.000 EUR) geschätzt. Obdachlose werden hier in Zukunft ärztliche Hilfe und Verpflegung erhalten, sie werden sich aber auch waschen und ihre alten Kleider gegen neue tauschen können.

Quelle: <http://www.compresspr.at>, 15.09.2007

Slowakei

Das Bild der Slowakei wird immer schlechter

Im ersten Jahr der Regierung Robert Ficos ist die negative Berichterstattung über die Slowakei in vier ausgewählten Medien im Vergleich zur Regierung Dzurindas um das Vierfache gestiegen. Eine Analyse von INEKO zeigte, dass die Wochenzeitung "The Economist" und die Tageszeitungen „Financial Times“, „The New York Times“ und „Le Monde“ in zwei Jahren 471 Artikel über die Slowakei veröffentlicht haben. Im letzten Regierungsjahr der Regierung Dzurindas war das Verhältnis positiver zu negativer Berichterstattung noch 6:1, im ersten Regierungsjahr Ficos verschlechterte sich das Verhältnis auf 2:1. Noch schlechter als das Land sind die Analyseergebnisse für das Kabinett Ficos ausgefallen. Auf elf negative Berichte kommt nur ein positiver Bericht über die sozialdemokratische Regierung.

Das Image des Landes in den internationalen Medien hat einen großen Einfluss auf Investoren, Politiker und die breite Öffentlichkeit. Sollte diese Entwicklung weiter anhalten, müssen die slowakische Wirtschaft und viele andere Bereiche, wie Schulwesen, Gesundheitswesen, Kultur oder Sport, negative Folgen erwarten.

Quelle: <http://spravy.pravda.sk>, 30.08.2007
www.sme.sk, 30.08.2007

Kataster ab morgen kostenlos

Jeder, der wissen möchte, ob er Land besitzt, wo dieses liegt, wer sein Nachbar ist, oder ob er nicht noch weitere Eigentümer besitzt, kann diese Informationen auf der Homepage des Katasters finden. Eine Datenbank mit allen Grundstücken, die im slowakischen Kataster eingetragen sind, ist unter www.katasterportal.sk zugänglich. Die Datenbank kann kostenlos und ohne Registrierung genutzt werden.

Die Slowakei ist das erste Land der V4, das diesen Dienst kostenlos zur Verfügung stellt. Die Entwicklung der Software kostete 42 Millionen SSK und die jährlichen Betriebskosten betragen etwa 9 Millionen.

Die Datenbank wird wöchentlich aktualisiert, die hier erhaltenen Informationen haben jedoch nur einen rein informativen Charakter. Diesen Dienst werden auch staatliche Einrichtungen nutzen, wie z.B. Polizei, Gerichte, Finanzämter oder Exekutoren.

In einigen Monaten sollte die Datenbank täglich aktualisiert werden, was dazu führen wird, dass auch offizielle Schriftstücke elektronisch ausgestellt werden können. Im ersten Halbjahr 2008 soll ein elektronischer Postkasten eingerichtet werden, die elektronische Unterschrift sollte dann auch die Einreichung in elektronischer Form ermöglichen.

Quelle: www.sme.sk, 31.08.2007

Regierungsviertel in Vorbereitung

Der slowakische Finanzminister Ján Počiatek, bereitet gemeinsam mit dem Leiter des Innenministeriums Robert Kaliňák ein Projekt zur Errichtung eines „Regierungsstädtchens“ vor. Dabei sollen die alten, renovierungsbedürftigen Immobilien durch neue ersetzt werden. Umziehen sollen alle Ministerien. Im Hintergrund steht dabei die Idee, alle Ministerien an einen Ort anzusiedeln, der eine globale und komplexe Infrastruktur bietet. Alle anderen Gebäude könnten dann aufgelassen werden, sagt Počiatek.

Sollte die Idee keine Unterstützung in der Regierung finden, könnte zumindest eine kleinere Variante umgesetzt werden, in der nur das Wirtschafts- und Verteidigungsministerium involviert sein sollen.

Quelle: www.sme.sk, 10.09.2007

Das Finanzministerium veröffentlicht das Euro-Handbuch

Das Finanzministerium hat ein Handbuch zur Euro-Einführung für die öffentliche Verwaltung ausgearbeitet, das im Internet veröffentlicht wurde.

Das Ziel des Handbuchs ist die Vorbereitung der Verwaltung auf die Aufgaben, die mit der Euro-Einführung zusammenhängen. In der Beilage werden die Grundprinzipien der Währungskonversion im Bereich Steuern, Preise und Buchhaltung erklärt.

Quelle: www.sme.sk, 10.09.2007

Ungarn

Blickrichtung Osten

Eine der Größe und dem Gewicht des Landes angemessene und aktive, vielseitige Außenpolitik soll Ungarns Diplomatie auszeichnen, betonte Außenministerin Kinga Góncz vergangene Woche auf der Jahreskonferenz der Botschafter des Landes.

Die Ministerin gab Fragen der Ostpolitik den Vorrang. Während man sich auf der Basis von Prinzipien und einer Wertordnung bewege, sei die ungarische Diplomatie auch um Pragmatismus bemüht. So konnten schon sehr wichtige Ergebnisse bei der Zurückeroberung der nach der Wende verlorenen Positionen im Agrarexport nach Russland erreicht werden. Zwar habe sich eine gemeinsame europäische Energiepolitik angebahnt, doch ist man von Einheit und täglicher Solidarität in dieser Frage weit entfernt. Vor diesem Hintergrund sind Ungarns Bemühungen um eine sichere Gasversorgung aus Russland zu verstehen. Die Ministerin räumte ein: „Vermutlich haben wir unseren eigenen Standpunkt und dessen Motive nicht entsprechend und rechtzeitig den EU-Partnern kommuniziert. So kam es zu Unstimmigkeiten.“

Die Ministerin betonte, dass man die Einführung des Schengener Grenzsystems wie geplant zum 1. Januar 2008 fordere. Auch wenn es Bedenken in manchen Staaten gebe – diese seien unbegründet. Eine Öffnung der Grenzen ist eine Vertrauensfrage und Ungarn sei bestens vorbereitet. Das Land warte auf den Tag, der den Menschen mehr geben werde, als der EU-Beitritt selbst: Eine wirklich europaweite Bewegungsfreiheit.

Zu den traditionell guten Beziehungen zu Österreich meinte die Ministerin: Eben die jüngsten umweltpolitischen Streitfragen zeigten, wie wichtig diese Kontakte zu den Nachbarn sind. Es scheint, als ob die Kontakte bei der Lösung der Probleme helfen.

Quelle: Pester Lloyd, 07.08.2007

Vertrauensverlust für ungarische Elite

Ungarns Politiker haben mit durchschnittlich nur 36 Punkten auf einer 100-Punkte umfassenden Beliebtheitsskala einen Negativrekord aufgestellt. Einen solchen Vertrauensverlust musste die politische Elite des Landes seit der politischen Wende 1990 nicht hinnehmen.

Beliebtester Politiker ist demnach Staatschef Laszlo Solyom. Aber auch er liegt mit der niedrigsten Punktzahl voran, die ein Ranglisten-Führender in der entsprechenden Umfrage jemals hatte: Mit nur 48 von hundert möglichen Punkten genoss kein Präsident vor ihm so wenig Zustimmung.

Auf Platz 20 liegt Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany. Vor knapp einem Jahr hat er in der so genannten "Lügenrede" zugegeben, den Wählern vor den Wahlen nicht die volle Wahrheit über die Lage im Lande gesagt zu haben. Damit hat sich der ungarische Regierungschef noch vor dem liberalen Wirtschaftsminister Janos Koka und der liberalen Gesundheitsministerin Agnes Horvath platziert, die derzeit für ungeliebte Reformen im Gesundheitssystem steht.

Nach Präsident Solyom folgen in der Beliebtheit der Ungarn die sozialistische Parlamentspräsidentin Katalin Szili, der Vorsitzende des oppositionellen konservativen Demokratenforums, Ibolya David, die liberale Außenministerin Kinga Góncz sowie der Chef der oppositionellen, rechtskonservativen Jungdemokraten FIDESZ, Viktor Orban. Im Durchschnitt fiel die Popularität der Politiker seit Juli um vier Punkte.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 03.09.2007

Erneut Ausschreitungen vor Parlament

Hunderte Demonstranten haben sich vor dem Budapester Parlament versammelt, um gegen die Verabschiedung des so genannten Vermögensgesetzes zu protestieren. Dieses Gesetz ermöglicht die Privatisierung von weiterem Staatsvermögen.

Der von der Bürgerbewegung "Menschenkette für Ungarn" organisierten Aktion haben sich auch Gruppen der so genannten Demonstranten vom Kossuth-Platz angeschlossen, die lautstark den Rücktritt des sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány forderten.

Eine Gruppe bewarf die Abgeordneten beim Verlassen des Parlamentsgebäudes mit Steinen und Flaschen. Diese Demonstranten forderten den "Untergang der Regierung" und skandierten "An die Waffen!" Sie hatten im Herbst 2006 wochenlang auf dem Kossuth-Platz campiert und gegen die Regierung demonstriert. András Lanyi, Chef von "Menschenkette für Ungarn", distanzierte sich von den Gewaltakten und erklärte, die Bewegung werde sich an das Verfassungsgericht wenden.

Nach dem Bekanntwerden der Verabschiedung des Gesetzes im Parlament, das die konservative Opposition als "Ausverkauf des nationalen Vermögens" bezeichnet, bewarfen einige Dutzend Demonstranten die Polizisten hinter dem Schutzkordon mit Stöcken. Die Polizei rief unter Gewaltandrohung zur Auflösung der Demonstration auf.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 11.09.2007

199 Ungarn verklagen Gyurcsány

Seine "Lügen-Rede" könnte den ungarischen Regierungschef Ferenc Gyurcsány teuer zu stehen kommen. 199 Privatpersonen haben ihn auf Schadenersatz geklagt. Wegen Wählertäuschung haben die Privatpersonen den Regierungschef und seinen Finanzminister János Veres auf jeweils 100.000 Forint (393 Euro) oder insgesamt 78.168 Euro Schadenersatz verklagt.

Zur Begründung hieß es laut einer Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, die beiden hätten vor der Parlamentswahl im Frühjahr 2006 absichtlich Zahlen zur Höhe des Budgetdefizits zurückgehalten. Gyurcsány und seine Regierung hätten die Wähler "bewusst irreführt", sagte einer der Kläger, László Kalmár. Er war auch einer der Hauptprotagonisten der wochenlangen Anti-Regierungs-Demonstrationen vom Herbst 2006 gewesen.

Neben den 19,9 Millionen Forint wollen die Kläger, dass sich Premier und Finanzminister öffentlich bei der ungarischen Gesellschaft entschuldigen. Justizminister Albert Takács bezeichnete die Klage in einer ersten Reaktion als "Nonsens". Bisher hat es vor ungarischen Gerichten noch nie ein Schadenersatzverfahren auf der Grundlage einer politischen Rede gegeben.

Verfassungsrechtler György Kolláth sprach von einem "neuen politischen Feuerwerk". Der Rechtsanwalt György Magyar sagte, dass die Kläger ihren Schadenersatzanspruch nicht begründen können und ein Gericht zudem kein "politisches Forum" sei. Es sei wegen des geheimen Wahlrechts unmöglich nachzuweisen, wie sehr die "Irreführung" die Stimmabgabe der Kläger bei den Parlamentswahlen beeinflusst habe. Auch die Höhe des Schadenersatzes von 100.000 Forint sei schwer zu begründen.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 12.09.2007

HUMANRESSOURCEN UND CHANCENGLEICHHEIT

Österreich

Beschlüsse der Niederösterreichischen Landesregierung zum Thema „Sucht“

Die Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll fasste u. a. folgende Beschlüsse:

Das Land Niederösterreich gewährt dem Verein "Fachstelle für Suchtvorbeugung, Koordination und Beratung" für die Umsetzung des Suchtplanes im Jahr 2007 eine Unterstützung in der Höhe von 150.000 Euro.

Das Land Niederösterreich übernimmt die Kosten des Vereins Dialog für die Betreuung und Behandlung niederösterreichischer Klienten in der Höhe von maximal 250.000 Euro pro Jahr. Der Verein Dialog bietet in seinen drei Ambulanzen in Wien im Rahmen der Umsetzung des Niederösterreichischen Suchtplanes Beratung und Betreuung für NiederösterreicherInnen an.

Quelle: OTS, 18.09.2007

Aktuelle Umfrage: Bauern als Landschaftspfleger und Lebensmittelerzeuger

Mit der relativen Mehrheit von 44 Prozent schätzen die Österreicher die Bedeutung der Bauernarbeit für die Landschaftspflege und den Landschaftsschutz wesentlich höher ein als für die Lebensmittelproduktion, die nur auf 30 Prozent kommt. Diese Werte erbrachte eine Studie des Market Institutes nach einer repräsentativen österreichweiten Umfrage.

33 Prozent der Bevölkerung in Niederösterreich, Wien und dem Burgenland sind der Meinung, dass die Lebensqualität auf dem Land am höchsten ist. Für 20 Prozent ist die Lebensqualität in Kleinstädten am höchsten, für 25 Prozent am Stadtrand. Als wichtigste Maßnahmen zur Sicherung der ländlichen Gebiete als attraktiver Wohn- und Lebensraum gelten die Sicherung der Nahversorgung, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, mehr Erwerbsmöglichkeiten für Frauen sowie eine nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Jeder zweite nennt mehr Kindergärten und Kinderspielplätze sowie die Verbesserung der gesundheitlichen Infrastruktur mit mehr Fachärzten.

Grundsätzlich bringen die Konsumenten mit 84 Prozent der heimischen Landwirtschaft mehr Vertrauen entgegen als importierten Lebensmitteln. Derselbe Prozentsatz der Österreicher ist davon überzeugt, dass es in Zukunft weniger Bauern geben wird. Die daraus erwachsenden stärksten Nachteile werden in der Landschaftspflege, der Versorgungssicherheit und in der Abhängigkeit von Importen geortet.

Quelle: OTS, 09.09.2007

"Grüner Bericht 2006" liegt vor

Interessantes und Wissenswertes über die wirtschaftliche Situation der Land- und Forstwirtschaft im abgelaufenen Kalenderjahr, gegliedert nach Betriebsgrößen, Betriebsformen und Produktionsgebieten, enthält der kürzlich erschienene "Grüne Bericht 2006" auf insgesamt 162 Seiten. So ist das landwirtschaftliche

Einkommen gestiegen, der Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft lag 2006 bei 5,7 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 4,1 Prozent gegenüber 2005 entsprach. Auch die Agrarexporte haben stark zugenommen. Dies konnte durch Produktveredelungen und hohe Qualität der Erzeugnisse erreicht werden.

Die Weizenproduktion beispielsweise betrug in Niederösterreich im Vorjahr ca. 884.000 Tonnen, rund 63 Prozent des österreichischen Anteils. Bei der Gerste mit rund 525.500 Tonnen lag der Anteil bei 57 Prozent, bei den Zuckerrüben mit über 1,92 Millionen Tonnen bei 74 Prozent und bei den Kartoffeln mit 540.600 Tonnen bei 83 Prozent. Klar an der Spitze liegt Niederösterreich auch beim Weinbau. Die Weinernte in Niederösterreich betrug im Vorjahr 1.286.846 Hektoliter, österreichweit waren es insgesamt 2.256.297 Hektoliter.

Laut der Agrarstrukturerhebung im Jahr 2005 wurden in Niederösterreich 46.087 Betriebe bewirtschaftet. Mehr als 31 Prozent aller Landwirte verwalten weniger als 10 Hektar Fläche. 2005 lebten in den bäuerlichen Haushalten insgesamt 146.750 Personen von denen 102.600 Personen eine Teil- oder Vollbeschäftigung in der Landwirtschaft angegeben haben. Generell ist die agrarstrukturelle Entwicklung durch die Abnahme der Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, durch eine Konzentration sowohl bei den Flächen als auch in der Tierhaltung und einer Verringerung der agrarischen Wohn- und Erwerbsbevölkerung bestimmt.

Quelle: OTS, 11.09.2007

Tschechien

Baby-Boom an der Moldau

Tschechien erlebt einen Babyboom: Im ersten Halbjahr 2007 gab es 56.000 Geburten - die höchste Zahl seit 1994, dem Spitzenjahr nach der Wende. Die Tschechinnen stehen mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau zusammen mit ihren deutschen Genossinnen EU-weit ziemlich am Ende. Da seit Jahren mehr Menschen sterben als geboren wurden, schrumpfte die Bevölkerung. Etwas aufgefangen wurde das durch Zuzug von Ausländern - doch der Ausländeranteil ist mit offiziell 3,5 Prozent der Bevölkerung recht gering. Zudem handelt es sich meist um allein stehende Migranten, die nur vorübergehend ins Land kommen.

Der Andrang vor den Kreißsälen hat mehrere Ursachen. So gründen jetzt die geburtenstarken Jahrgänge der ersten Hälfte der 70er-Jahre Familien. Zudem schuf der Staat 2006 finanzielle Anreize für Geburten. Pro Kind gibt es 500 Euro und in den ersten drei Jahren bekommen Mütter zudem 280 Euro pro Monat.

Das Durchschnittsalter für Erstgebärende ist seit der Wende 1989 massiv angestiegen und liegt bei 29 Jahren. Väter sind im Mittel noch dreieinhalb Jahre älter. In den 80ern wurden die Tschechinnen meist schon mit 22 Mutter. Jedes dritte Neugeborene ist unehelich.

Quelle: "Die Presse", 24.09.2007

Slowakei

Höchste Produktivität innerhalb der V4

Die ArbeitnehmerInnen in der Slowakei arbeiten effektiver und schaffen in der gleichen Zeit einen höheren Mehrwert als ihre KollegInnen aus Tschechien, Polen und Ungarn. Andererseits bekommen sie für ihre Arbeit den geringsten Lohn. Bei dem Konkurrenzvergleich der einzelnen Länder spielt die Arbeitsproduktivität neben ihren Kosten und z.B. dem Bildungsniveau eine sehr wichtige Rolle.

Hinter der höheren Arbeitsproduktivität steht der schnellere Anstieg des BIP in der Slowakei, der vor allem die Automobilindustrie vorantreibt. Besonders wichtig ist es, dass die Löhne nicht schneller wachsen als die Arbeitsproduktivität. Die Lohnhöhe hängt dabei aber mehr von dem Industriebereich als von der Arbeitsproduktivität ab. Im nächsten Jahr könnte die Arbeitsproduktivität weiter steigen. Dazu tragen ebenso ausländische Investoren bei, die durch den Einsatz von modernen Technologien diese Arbeitsproduktivität aus ihren Ursprungsländern in die Slowakei „importieren“. In der Vergangenheit war die Slowakei durch eine niedrige Arbeitsproduktivität bekannt.

Quelle: www.sme.sk, 07.09.2007

Handwerker können ein Gewerbe ohne Praxis betreiben

Ab Oktober müssen Handwerker bei der Gründung eines Gewerbes keinen Praxisnachweis mehr erbringen. Es ist ausreichend, wenn sie im gegebenen Bereich eine Ausbildung nachweisen können. Dadurch können viele AbsolventInnen der Fachschulen nach der Ausbildung als selbständige UnternehmenInnen Fuß fassen. Bis heute musste dem Antrag für einen Gewerbeschein neben dem Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung auch ein Nachweis einer zumindest dreijährigen Praxis beigelegt werden.

Personen mit einer langjährigen – mindestens 10-jährigen – Praxis können einen Gewerbeschein ohne abgeschlossene Ausbildung beantragen. Die Ausstellung eines Gewerbescheines für Handwerk wird um die Hälfte billiger, die bis heute kostenlose Ausstellung eines Praxisnachweises wird jedoch kostenpflichtig.

Quelle: <http://dennik.praveda.sk>, 13.09.2007

Ungarn

Sonderschule für Roma geschlossen

In Nyíregyháza (Nordostungarn) müssen etwa 100 Roma-Kinder seit Beginn des neuen Schuljahrs mit dem Bus in eine von sechs anderen Schulen in der Innenstadt fahren. Die Stadtverwaltung hatte die Sonderschule in ihrem Dorf Mátraszőlös nur vier Tage vor dem ersten Schultag wegen zu geringer Schülerzahl geschlossen. Laut dem stellvertretenden Bürgermeister, László Nagy, haben die Lehrer an den anderen Schulen Kurse für Sensibilität und Gleichberechtigung belegt, um auf ihre neuen Schüler eingehen zu können und ihnen den Zugang zum normalen Lehrplan zu ermöglichen. Eltern und Schüler demonstrierten am vergangenen Mittwoch vor der Schule in Mátraszőlös gegen deren Schließung. Der Ombudsmann für Minderheiten, Ernő Kállai, hat Ermittlungen gegen die Stadtverwaltung eingeleitet.

Quelle: www.budapester.hu, 10.09.2007

Roma-Frauen sind doppelt benachteiligt

Zwei Berichte sorgten kürzlich für ein erneutes Aufflammen der Diskussionen über die Stellung von Frauen in der ungarischen Gesellschaft. Einerseits veröffentlichte der zuständige UN-Ausschuss seine zusammenfassende Beurteilung über die Einhaltung des internationalen Abkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen in Ungarn. Andererseits wies das Europäische Zentrum für Rechte der Roma (ERRC) auf die besonders kritische Situation von Roma-Frauen hin.

Der UN-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) kritisierte vor allem, dass ungarische Frauen im politischen Leben, also im Parlament, der Regierung, in Kommunalverwaltungen und dem diplomatischen Dienst unterrepräsentiert seien. Bei der Quote im Parlament befindet sich Ungarn von allen 27 EU-Mitgliedsstaaten auf Platz 26. Der CEDAW fordert deshalb die Einführung einer Quote, nach der 50% aller Abgeordneten weiblich sein sollten.

Eine doppelte Diskriminierung erfahren laut dem EERC die Roma-Frauen in Ungarn. Sie werden, was ihre Bildung, Gesundheit, Unterkunft, Beschäftigung und Teilnahme am politischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betrifft, nicht nur wegen ihres Geschlechts, sondern auch wegen ihres ethnischen und kulturellen Hintergrundes sowie ihres sozioökonomischen Status benachteiligt. Hinzu komme „Gewalt gegen Roma-Frauen und –Mädchen, etwa Belästigung und Missbrauch in der Schule“.

Als Grundlage für den Bericht diente eine Umfrage unter 124 Roma-Frauen im März und April. Demnach gaben 42% der Befragten an, bereits Opfer häuslicher Gewalt geworden zu sein. In 20% dieser Fälle baten die Frauen die Polizei um Hilfe, in einem von sieben Fällen reagierten die Beamten wirksam.

Quelle: www.budapester.hu, 10.09.2007

Bürgermeister spricht ein Machtwort

Der Bürgermeister von Nyírmihálydi (Nordostungarn) hat vergangene Woche angekündigt, er werde nur jenen Menschen Sozialhilfe zahlen, die eine funktionierende Toilette besitzen. Dem Vorstoß vorausgegangen waren zahlreiche Fälle von Hepatitis, die auf mangelnde Hygiene zurückzuführen sind. Ortsansässige Roma nannten die Entscheidung „rassistisch“.

Laut Bürgermeister Ferenc Nyisztor hat sich Hepatitis A im gesamten Dorf verbreitet. Seit Juli haben sich 29 Kinder mit der Krankheit angesteckt. Damit erklärte er sein hartes Vorgehen gegen Familien, die weder im Haus noch außerhalb dessen eine Toilette besitzen. Inzwischen müssen Familien, die Sozialhilfe beziehen wollen, zumindest eine Außentoilette nachweisen.

Ortsansässige Roma nannten die Initiative des Bürgermeisters „rassistisch“. Es sei unfair, Menschen ohne Toilette auszugrenzen. „Die Situation ist grauenhaft. Jeder zeigt mit dem Finger auf uns. Der Bürgermeister hat uns gedemütigt“, sagte ein Roma dem Internetportal Magyar Online. Einige Dorfbewohner ärgerten sich, dass der Bürgermeister nicht klargestellt habe, dass das Problem von der Minderheit der Ortsansässigen verursacht

wurde. Auch Nicht-Roma wurden in den benachbarten Siedlungen zur Zielscheibe von Diskriminierungen. Einige Kinder, die Schulen in anderen Dörfern besuchen, wurden gebeten, für eine Weile nicht zur Schule zu gehen. In Läden wurden Kunden aus Nyírmihálydi nicht bedient. Inzwischen wurde ein Programm zum Bau von Toiletten eingeführt, das teils von der lokalen Minderheitenselbstverwaltung und teils von NGOs finanziert wird.

Quelle: www.budapester.hu, 10.09.2007

Zentrum für seelische Gesundheit in Eisenstadt eröffnet

Auf 670 Quadratmetern bietet ein interdisziplinäres 20-köpfiges Team von ÄrztInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, diplomierten Gesundheits- und KrankenpflegerInnen sowie Physio- und ErgotherapeutInnen ambulant und kostenlos und auf Wunsch auch anonym, Hilfe bei seelischen Problemen.

„Dieses neue Angebot richtet sich speziell an Kinder und Jugendliche. Das Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ein Ort sein, in dem Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen fachspezifisch untersucht und behandelt werden können. Das ist sehr wichtig und eröffnet die Chance psychiatrische Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und dementsprechend zu behandeln. Wir wollen damit eine Chronifizierung verhindern“, beschreibt Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar die Konzeption des neuen Zentrums.

„Wir haben uns sehr lange dieses Zentrum gewünscht. Diese Ambulanz bringt einen weißen Fleck in der burgenländischen Gesundheitsversorgungslandschaft zum Verschwinden“, betont der Psychiatriekoordinator Univ. Prof. Dr. Karl Dantendorfer und ergänzt: „Dieses Zentrum ist österreichweit beispielgebend“. Geleitet wird das Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie von Dr. Klaus Schwienbacher. „Fünf bis acht Prozent der Kinder erleiden eine psychische Erkrankung. Gerade bei Kindern ist der Zeitfaktor sehr wichtig. Im neuen Zentrum können wir durch vernetztes und multiprofessionelles Arbeiten rasch helfen“, so der Facharzt für Psychiatrie. Das Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie wird aus Mitteln des Reformpools finanziert, die jährlich rund 500.000 Euro betragen.

Quelle: www.burgenland.at, 12.09.2007

EU-FÖRDERPROGRAMME

Österreich

Beschlüsse der Niederösterreichischen Landesregierung bezüglich der EU-Förderungen

Im Umlaufwege hat die NÖ Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

Die Beteiligung des Landes Niederösterreich an der Kofinanzierung des EU-geförderten Projektes Arbeitsassistenten für psychisch behinderte Personen der Caritas St. Pölten im Ausmaß von maximal 101.516,22 Euro für das Jahr 2007 wurde genehmigt.

Auch die Beteiligung des Landes Niederösterreich an der Kofinanzierung des EU-geförderten Projektes Arbeitsassistenten für geistig behinderte Personen der Caritas St. Pölten im Ausmaß von maximal 108.189,18 Euro für das Jahr 2007 wurde genehmigt.

Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für den Regionalen Entwicklungsverband Industrieviertel zur Kofinanzierung des Projekts "Regionet - kleinregionales Netzwerk im Grenzraum" in der Höhe von 40.000 Euro im Rahmen des Programms INTERREG III A Österreich - Ungarn und Mittel der Abteilung für Raumordnung und Regionalpolitik in der Höhe von 32.000 Euro wurden genehmigt. Dem Klimabündnis Niederösterreich wurde für das Projekt "Klimabündnis – Gemeindebetreuung mit dem Schwerpunkt Mobilität" eine Beihilfe in der Höhe von 250.000 Euro gewährt.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung, Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst, Tel.: 02742/9005-12163 und <http://www.noe.gv.at/nlk>

Quelle: OTS, 08. bzw. 14.08.2007

Tschechien

Tschechien hat Probleme beim Lukrieren von EU-Geldern

Die Tschechische Republik nutzte 2006 die EU-Fördermittel aus dem Regionalfonds nur zu 44% aus, nur Lettland lukrierte noch weniger EU-Gelder. Slowenien etwa nützte den Regionalfonds doppelt so effektiv wie Tschechien. In den Jahren 2007 bis 2013 könnte Tschechien bis zu 730 Mrd. CZK (27 Mrd. EUR) aus EU-Fonds erhalten.

Quelle: <http://www.compresspr.at>, 21.09.2007

Slowakei

Erste Ausschreibungen bereits Ende September, Euro-Fonds noch heuer

Die Slowakei wird aus den EU Förderfonds mehr als 380 Milliarden SSK erhalten. Der Plan für die Nutzung der 11,36 Milliarden SSK in den Jahren 2007 bis 2013 ist bewilligt. Die Bewilligung der Nutzung durch die EU-Kommission ist nur der erste wichtige Schritt für die tatsächliche Nutzung der Förderungen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Bewilligung der einzelnen Operationsprogramme in Brüssel in den kommenden Monaten. Nach Angaben des Bauministeriums, das für die Fonds verantwortlich ist, könnten die ersten Anträge noch heuer gestellt werden. Die ersten Ausschreibungen könnten Ende September bzw. Anfang Oktober erfolgen.

Die EU-Kommission hat keine Einwände bei vier der elf geplanten Operationsprogramme, obwohl diese auch noch nicht bewilligt wurden. Vor allem diese vier Prioritäten – Verkehr, Informatisierung, Regionalentwicklung und technische Unterstützung, könnten insgesamt mehr als die Hälfte der zugeteilten Ressourcen erhalten. Aus dem Gesamtpaket erhalten am meisten die Ressorts Verkehr und Umwelt. Wann die Nutzung tatsächlich anläuft ist noch fraglich. Einige Programme können in den nächsten zwei Monaten bewilligt werden, andere voraussichtlich erst bis Jahresende.

Quelle: <http://hn.hnonline.sk>, 20.08.2007
www.sme.sk, 18.08.2007

Milliarden von der EU werden nicht genutzt

Das Programm zur Förderung der Humanressourcen im Kreis Bratislava hat Schwierigkeiten mit der Nutzung der Finanzhilfen der EU. Aus dem Programm Bratislava Ziel 3 wurden in den letzten drei Jahren nur Mittel genutzt, die für das Jahr 2004 bestimmt waren. Erst in letzter Zeit wurde mit der Nutzung der Mittel, die für das Jahr 2005 vorgesehen waren, begonnen. Bis jetzt wurden nur 294,8 Millionen SSK genutzt, obwohl für die Förderperiode 2004 bis 2006 ganze 1,65 Milliarden SSK vorgesehen waren. Ein Problem wird in dem Arbeitskräftemangel im Ministerium gesehen, an dessen Beseitigung bereits gearbeitet wird.

Quelle: <http://hn.hnonline.sk>, 21.08.2007

Minister beraten über ein Krisenszenario - Die Regierung gibt eine Krise zu

Vor allem das Bildungsministerium, aber auch die Ministerien für Arbeit und Bau haben bis heute jene Fördersummen nicht ausgezahlt, die bereits 2005 beantragt wurden. Als risikoreich bezeichnet die Regierung Programme aus dem Kreis Bratislava und Interreg IIIA. Dort werden Projekte gefördert, die in Zusammenarbeit mit österreichischen Partnern durchgeführt werden.

Das Bauministerium warnt, dass - sollten die für 2005 bestimmten Mittel bis Jahresende nicht ausgeschöpft werden - die EU die Förderungen nicht ausbezahlt und die Slowakei die Kosten aus dem Staatsbudget decken müssen wird. Wenn die Ministerien ein Krisenregime nutzen, wird es sich um etwa 190 Millionen SSK handeln, wenn nicht, wird dieser Betrag fast 560 Millionen SSK erreichen. In den Programmen, die für AntragstellerInnen aus Bratislava bestimmt sind, wurde mehr als eine Milliarde SSK nicht genutzt, die vor allem zur Förderung der Fortbildung von Arbeitslosen bestimmt war. Ebenso war es mit 669 Millionen SSK zur Förderung der Klein- und Mittelunternehmen. Im Rahmen des Interreg IIIA müssen noch 130,6 Millionen SSK genutzt werden.

Das Arbeitsministerium hat 159 nicht bearbeitete Anträge in Evidenz, das Bildungsministerium 746 und das Bauministerium 103.

Ein Grund sind die komplizierten Bedingungen für die Einreichung der Projekte und der Förderanträge. Daher möchte das Ministerium nach dem tschechischen Vorbild die Antragstellung vereinfachen und die Antragsformulare im Internet veröffentlichen.

Quelle: www.sme.sk, 15.8.2007 und 18.08.2007

Ungarn

Grünes Licht für Interreg-Nachfolgeprogramm durch Ungarische Regierung

„Neben dem Phasing Out-Programm und dem Programm für die Förderung der ländlichen Entwicklung bildet die Förderung der Europäischen territorialen Kooperation, kurz Ziel 3, den dritten großen Fördertopf für die Periode 2007 bis 2013“, erläutert Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl. Dem Burgenland werden bis 2013 knapp 33 Millionen Euro an EFRE-Mitteln für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Ungarn, der Slowakei und Slowenien zur Verfügung stehen.

„Für die Kooperation mit ungarischen Partnern ist der Fördertopf für die burgenländischen Projektträger mit knapp 25 Millionen Euro dotiert“, erklärt Niessl und freut sich, dass nunmehr auch die ungarische Bundesregierung der inhaltlichen Ausrichtung und finanziellen Dotierung des Programms zugestimmt hat.

Inhaltlich bietet das Ziel 3-Programm eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten, so Niessl. Von der wirtschaftlichen Kooperation, über regionale Infrastrukturprojekte bis hin zu sozialen sowie kulturellen Kooperationen ist eine breite Palette an Themenfeldern abgedeckt. „Nachdem die ungarische Regierung grünes Licht für das Interreg-Nachfolgeprogramm gegeben hat, steht einer Genehmigung durch die Europäische Kommission nichts mehr im Weg“, zeigt sich Niessl überzeugt. Das „OKAY“ aus Brüssel soll im Herbst erfolgen.

Wichtig ist auch, dass konkrete Projekte ebenfalls ab Herbst eingereicht werden können, für burgenländische Projektträger ist die erste Anlaufstelle die Regional-Management Burgenland GmbH (RMB), die auch als Verwaltungsbehörde die Hauptverantwortung für das gesamte Ziel 3 Programm „Österreich-Ungarn“ hat.

Quelle: www.burgenland.at, 30.07.2007

EU-Projektgelder für Ungarn zugeteilt

Die ungarische Regierung hat ca. 557 Milliarden Ft. (rund 2 Mrd. EUR) an Fördermitteln der Europäischen Union für strategische Projekte verteilt. Es handelt sich landesweit um insgesamt 271 Pläne, die nunmehr unter den strengen Vergabekriterien der EU binnen drei Jahren zu realisieren sind. Dafür wurde in Ungarn extra ein Kommissar im Ministerrang eingesetzt.

Zu den ersten Projekten zählt unter anderem ein historisches Kellergewölbe des Budapester Burgpalastes, für dessen Rekonstruktion allein 10 Milliarden Ft. (40 Mio. EUR) fließen. Ungefähr der fünffache Betrag dessen steht für die Sanierung untergeordneter Straßenabschnitte bereit, um die sich die Regionen bewerben konnten. Die Entscheidungsträger hoffen darauf, dass die Arbeiten an insgesamt nahezu 900 km langen Nebenstrecken bereits im Herbst aufgenommen werden können.

Pécs möchte für die Verwirklichung seines Großprojekts der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 annähernd 36 Milliarden Ft. erhalten, die Ferenc-Liszt-Musikakademie in Budapest für eine umfassende und überfällige Modernisierung 10 Milliarden. Das Weinkellersystem rund um die Basilika von Esztergom soll touristisch erschlossen und erweitert werden.

Ferner gibt es Geld für die Rekonstruktion der historischen Innenstadt von Balatonfüred, den Ausbau des Badezentrums von Hajdúszoboszló und um Maßnahmen gegen die fortschreitende Versandung der Gegend Homokhátság zu ergreifen. In Miskolc soll mit EU-Hilfe auch ein Mechatronik-Hightech-Park entstehen. Das mit Engpässen belastete Gesundheitswesen darf auf zentrale Gelder hoffen: Beispielsweise wird das Krankenhaus Sárvár zum regionalen Rehabilitationszentrum ausgebaut.

Quelle: *Pester Lloyd*, 08.08.2007

VERKEHR UND SANFTE MOBILITÄT

Österreich

Sanfte Mobilität – Umweltfreundlich reisen

Am 29. und 30. Oktober 2007 wird sich auf Initiative des Umweltministers eine Nationalparktagung im Nationalparkzentrum in Mittersill mit allen Aspekten der sanften Mobilität auseinander setzen, von der umweltfreundlichen Anreise über die Unterbringung in umweltfreundlichen Betrieben bis zur Mobilität innerhalb der Nationalparkregion. Erfolgreiche Projekte wie das Österreichische Umweltzeichen werden genauso einbezogen wie erste Erfahrungen in der Nationalparkregion, wie zB mit dem Projekt *Alpine Pearls* in der Nationalparkgemeinde Neukirchen am Großvenediger.

Quelle: www.nationalparks.or.at, 23.09.2007

Tschechien

Prag: 2.500 Radfahrer feierten „Tag ohne Autos“

An die 2.500 Radfahrer nahmen am 22. September an einem Radausflug im Rahmen des Prager „Tags ohne Autos“ teil. Mehrere wichtige Verkehrsstraßen waren ausnahmsweise für den Verkehr gesperrt, und so konnte man etwa auf der sonst stark frequentierten Nusel-Brücke statt Kolonnen von Autos nur Radfahrer sehen. Die Aktion fand im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche statt.

Quelle: www.compresspr.at, 24.09.2007

Ab 2008 freie Fahrt in alle Nachbarstaaten

Die Staus an der Grenze sind bald Vergangenheit. Spätestens ab Ende 2008 können die Österreicher ohne Kontrollen in alle Nachbarländer reisen.

Die 27 Innenminister bestätigten in Brüssel den Fahrplan zur Schengen-Erweiterung. Demnach sollen ab 1. Jänner 2008 die Grenzkontrollen zu Österreichs östlichen Nachbarländern Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien fallen. Auch Polen, Estland, Lettland, Litauen und Malta öffnen ihre Grenzen zu den bisherigen 15 Schengen-Ländern. Für Zypern gilt das nicht, weil dort erst ein neuer schengenreifer Flughafen in Larnaka entstehen soll, es dürfte ab 2009 "Schengen-fit" sein.

Für Österreich bringt die Schengen-Erweiterung eine Entlastung bei den Kontrollen zu den östlichen Nachbarländern mit sich. Die 3000 Polizisten, die derzeit die Grenze zu Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien kontrollieren, werden neue Aufgaben erhalten.

Quelle: „Die Presse“, 19.09.2007

Slowakei

Neues Straßenverkehrsgesetz

Das neue Straßenordnungsgesetz, das nach mehr als 30 Jahren die Verkehrsregeln anpasst, ist vorbereitet. Die Polizei verspricht sich eine Verbesserung der heutigen alarmierenden Situation. Denn auch wenn die Slowakei die Verpflichtung eingegangen ist, die Verkehrstoten um die Hälfte zu reduzieren, ist der heurige Trend gegensätzlich. Die Slowakei ist an achter Stelle der gefährlichsten Straßen Europas.

Für VerkehrsteilnehmerInnen, die Fahrzeuge in einem schlechten technischen Zustand lenken, kann die Strafe bis 200.000 SSK betragen. Die maximale Frist für die Abnahme des Führerscheins wird auf 5 Jahre verlängert. Besonders hart möchte die Polizei bei AutofahrerInnen durchgreifen, die alkoholisiert am Steuer sitzen bzw. unter Alkoholeinfluss einen Unfall verursacht haben. Härter möchte man auch bei jenen durchgreifen, die am Steuer telefonieren. Ebenso verboten sollte das Essen, Trinken oder Rauchen am Steuer werden.

Weiters soll die Höchstgeschwindigkeit im Ort auf 50 km/h reduziert werden. Das Licht am Tag soll ganzjährig verpflichtend werden. Zur Entspannung der Verkehrslage auf den Autobahnen soll das Fahrverbot für LKWs an Freitagen nachmittags und zu bestimmten Zeiten am Wochenende eingeführt werden. Gleichzeitig sollten auf den Autobahnen nur Fahrzeuge mit einer Mindestgeschwindigkeit von 80 km/h zugelassen werden. Winterreifen werden bei Schnee Pflicht, ein genauer Zeitraum ist jedoch nicht vorgesehen.

Änderungen warten auch für RadfahrerInnen und FußgängerInnen. Helmpflicht für Fahrten außerhalb von Ortschaften ist ebenso vorgesehen wie Reflektorstreifen bei verringerter Sicht.

Quelle: hn.hnonline.sk, 17.08.2007
spravy.pravda.sk, 23.08.2007

Forststraßenkarten im Handel

Der Landwirtschaftsminister Miroslav Jureňa hat versprochen, den RadfahrerInnen Karten der Forststraßen zur Verfügung zu stellen. Diese sollten bereits in diesem Monat im Internet stehen.

Das neue Forstgesetz erlaubt den RadfahrerInnen ausschließlich Fahrten auf gekennzeichneten Radwegen bzw. auf Forststraßen. Wenn man sicher sein möchte, das Gesetz nicht zu verletzen, muss man zahlen. In digitaler Form werden die Karten im Nationalen Forstzentrum gesammelt, wo man sich kostenpflichtige Ausdrucke anfertigen lassen kann. Das Zentrum soll den digitalen Zugang zu den Karten bereits im August ermöglichen. In Printversionen können die Karten in allen Kreis- und Bezirksämtern bzw. den Forstverwaltungen eingesehen werden.

Die erste spezielle Forstwegkarte für RadfahrerInnen in den Bereichen Devínska Kobyla und Kleine Karpaten ist bereits fertig und über den Verkauf für RadfahrerInnen aus dem betroffenen Gebiet wird verhandelt.

Quelle: www.sme.sk, 21.08.2007

Ungarn

Interessensphäre Donau

„Mit der Osterweiterung und der neuen politischen Landschaft ist die Donau quasi zur EU-Interessensphäre geworden“, sagte im Gespräch mit unserer Zeitung Alexander Stemmer von der Donaukommission. Die Belgrader Konvention über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau wurde seit 1948 nicht verändert, beinhaltet noch immer in Teilen kommunistische Textpassagen und Denkweisen. Seit einigen Jahren ist deshalb ein Revisionsprozess in Gang, der zum Ziel hat, Entscheidungen möglich zu machen, die in gemeinschaftliches Recht übergehen, denn bislang konnte die Kommission nur Empfehlungen aussprechen. Allein am Einigungswillen der Kommissionsmitglieder fehlt es noch. Diskussionspunkte liefern dabei der Geltungsbereich, Personalbesetzung, der Charakter der Entscheidungen die getroffen werden können, sowie die Frage, mit welcher Mehrheit man Entscheidungen trifft.

„Enormes Entwicklungspotential“ bescheinigte Stemmer der Donau als europäische Verkehrsstraße. Bis 2015 erwartet man einen Anstieg des Güterverkehrs um ein Drittel. Die gegenwärtige Art und Weise des Verkehrswachstums, das einseitig zu Lasten der Straßen geht, bedeutet Überlastung der Verkehrswege zu Lande und bringt Umweltverschmutzung mit sich. Wasserwege bieten die Alternative. Die Donau ist der siebte der von den in Helsinki 1992 festgelegten paneuropäischen Verkehrskorridore, und unter diesen der einzig natürliche und nutzbare durch den Balkan.

Der „Donau Kooperationsprozess“ gehört in erster Linie zum Stabilitätspakt für Südosteuropa und ist dahingehend auch für Ungarn von Belang. Gern wird von ungarischer Seite behauptet, man möchte in allen Verkehrsbereichen logistische Drehscheibe werden. Dies ist nicht unberechtigt, wenn man bedenkt, dass sich von den zehn paneuropäischen Korridoren vier in Budapest kreuzen.

Quelle: Pester Lloyd, 12.07.2007

SkyEurope bricht die Zelte ab

Ab Ende Oktober werden sämtliche Destinationen des slowakischen Billigfliegers SkyEurope ab Krakau und Budapest gestrichen. Die Passagierzahlen sind insgesamt gestiegen, die Schulden allerdings auch.

Zu hohe Steuern, sinkende Nachfrage und eine zu starke Saisonabhängigkeit hätten die Airline zu dem Schritt bewegt, erklärte Firmensprecherin Judit Hegedüs gegenüber der ungarischen Tageszeitung "Népszabadság". Damit startet und landet SkyEurope künftig nur noch von Wien-Schwechat, Bratislava und Prag aus. Im Winterflugplan werde zudem die Zahl der Gesamtdestinationen reduziert, dafür aber die Frequenz auf europäischen Destinationen gesteigert werden.

Derzeit bedient die Low-Cost-Airline 92 Strecken und steuert 39 Destinationen in 19 Ländern an. Im dritten Quartal 2007 hat SkyEurope immerhin ein Passagierwachstum von 32 Prozent auf 927.000 Fluggäste vorzuweisen, die Umsätze sind um 26 Prozent auf 66,6 (52,9) Millionen Euro gestiegen. SkyEurope macht aber immer noch enorme Verluste. Der Nettoverlust in den ersten drei Quartalen ist von 50,2 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum auf 37,6 Millionen Euro gesunken und hat sich im dritten Quartal von 16,5 auf 5,13 Millionen Euro verringert. Die Verschuldung hat sich allerdings deutlich erhöht, von 79,5 auf 121,6 Millionen Euro.

Quelle: Pester Lloyd, 04.09.2007

Überfüllte Straßen, leere Parkhäuser

Budapest ist berüchtigt für seine massiven Parkplatzprobleme. Vor allem Stadtteile, in denen Neubauten mit tausenden Wohnungen aus dem Boden gestampft wurden, weisen zu wenige Parkplätze auf. Dabei sind Investoren rechtlich verpflichtet, für jede Wohnung auch einen Parkplatz zu gewährleisten. Diese werden allerdings kaum genutzt: Da der Kauf dieser Parkplätze und Garagen nicht verpflichtend ist, steht der Großteil von ihnen leer. Eine neue Initiative soll das Problem lösen.

Geht dieser Trend weiter, wird es wohl früher oder später keine freien Parkplätze mehr auf den Straßen der ungarischen Hauptstadt geben.

Die Bauherren von neuen Gebäuden versuchen das Problem durch die Errichtung von Tiefgaragen zu beheben. Dazu sind sie auch verpflichtet: Ein Gesetz aus dem Jahr 1997 legt fest, dass für eine Wohneinheit, ob Wohnung oder Haus, mindestens ein Parkplatz zur Verfügung gestellt muss. Dass diese aber auch von dem neuen Besitzer gekauft werden müssen, ist nicht vorgeschrieben.

Der parteilose Bürgermeister des vierten Bezirks (Újpest), Tamás Derce, verlangt nun von Premier Ferenc Gyurcsány, das Gesetz zu ändern. Die Regelung soll beinhalten, dass Käufer von neuen Wohnungen verpflichtet sind, zu ihrer neuen Immobilie auch einen Parkplatz zu erwerben, forderte er Gyurcsány in einem offenen Brief auf.

Sollte das Gesetz tatsächlich eingeführt werden, müssten die Preise für die Garagen gesenkt werden, meint Ungarns größte Immobilienverwaltungsagentur Otthon Centrum. Der Gesetzesvorschlag sei nur dann

durchsetzbar, wenn gleichzeitig die Abgaben für Garagen gesenkt werden und gewährleistet wird, dass Banken auch für solche Immobilien einen Kredit vergeben.

Quelle: www.budapester.hu, 10.09.2007

UMWELT UND ERNEUERBARE ENERGIE

Österreich

Technologietransfer für Biomasse und Biogas in Niederösterreich, Tschechien und der Slowakei

Wie wird sich die Zusammenarbeit in punkto erneuerbare Energien zwischen Niederösterreich, Südmähren und der Westslowakei gestalten? Wie können praxisorientierte Erfahrungen oder Erkenntnisse für die Wirtschaftsbetriebe in den Regionen vermittelt werden? Diese und andere Fragen können aus Erkenntnissen des Zukunftsenergieclusters beantwortet werden.

Der Zukunftsenergiecluster ist eine Initiative der Wirtschaftskammer Niederösterreich, der tschechischen Agentur für Handelsförderung, der Handelskammer Brünn und der Österreichischen Energieagentur.

Quelle: OTS, 10.09.2007

Land forciert alternative Energieträger

„Das Land Niederösterreich hat sich beim Einsatz erneuerbarer Energien in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle erarbeitet“, ist Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank überzeugt. Allein im Jahr 2006 wurden in Niederösterreich 41 neue Fernwärmeanlagen gebaut und zahlreiche bestehende in ihrer Leistung erweitert. Bereits mehr als 320 Fernheizwerke auf Biomassebasis sind in Betrieb, darüber hinaus 16 Verstromungs- und 73 Biogasanlagen sowie 333 Windräder. Weitere Biogasprojekte sind in Stockerau, Wallsee-Sindelburg und Kainreith-Walkenstein geplant. Vorhaben dieser Art unterstützen laut Plank nicht nur den aktiven Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch die Entwicklung der ländlichen Regionen.

Die Förderung von alternativer Energie beschränkt sich nicht nur auf Großprojekte, auch der private Bereich wird unterstützt. So setzt Niederösterreich mit dem Wohnbaumodell zu 100 Prozent auf energiesparendes Bauen und auf Alternativenergien. Kernstück ist dabei der Energieausweis, ohne den es keine Landesförderung gibt. Wichtige Gebäudekenndaten, die auf dem Energieausweis aufscheinen, sind der Primärenergiebedarf, die Einteilung des Bauwerkes in Effizienzklassen, Basisinformationen wie Gebäudetyp, Baujahr, Wohneinheiten sowie die Qualität der Dämmeigenschaften.

Quelle: OTS, 09.07.2007

Wieselburg erhält neues Technologiezentrum

„Mit dem Bau dieses Technologiezentrums in Wieselburg wird eine niederösterreichische Erfolgsgeschichte im Bereich der Hochtechnologie fortgesetzt“, meinte Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann. Die Technologiezentren seien zugleich auch „Arbeitsplatzmotor“; insgesamt seien an den Standorten Tulln, Krems und Wiener Neustadt über 300 MitarbeiterInnen beschäftigt.

„Klimawandel und Klimaschutz sind in der heutigen Zeit sehr ernst zu nehmende Themen. Das Land Niederösterreich hat hier die Initiative ergriffen und im Sinne unserer Umwelt und unserer Nachkommen bereits wichtige Maßnahmen gesetzt, die von Nachhaltigkeit geprägt sind“, betonte Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank.

Geplanter Baubeginn für das neue Zentrum ist Anfang 2008, mit der Fertigstellung ist Ende kommenden Jahres zu rechnen. Das Technologiezentrum soll Unternehmen anziehen, die im aufstrebenden Wirtschaftszweig der Bioenergie tätig sind.

Am Standort Wieselburg wird seit über 30 Jahren Forschung im Bereich Kleinf Feuerungen mit Pellets und Biotreibstoffe betrieben. Wieselburg wird vom Technopol-Programm des Landes Niederösterreich betreut. Das Land finanziert anteilig das Kplus Zentrum ABC und einzelne Projekte.

Das Kompetenzzentrum Wieselburg hat außerdem im Rahmen des neuen COMET - Programms des Bundes ein K1 - Zentrum unter der Bezeichnung "Bioenergie 2020" eingereicht. Dabei geht es um das Kplus "Austrian Bioenergy Centre" und das Knet "Renet" mit dem Biomasse-Vergasungskraftwerk in Güssing. Durch die Kombination dieser beiden erfolgreichen Zentren würde es zur österreichweiten Bündelung aller Bioenergiekompetenzen im neuen Zentrum kommen.

Quelle: OTS, 07.09.2007

Tschechien

Größtes Solarkraftwerk Tschechiens entsteht

Das bisher größte Solarkraftwerk in Tschechien wird von der deutschen Sunline AG gebaut.

Wie das Fürther Unternehmen über seine Prager Tochter heute bekannt gab, wurde ein Vertrag über den Bau eines Megawatt-Solarstromkraftwerkes in Skupeč (Südwesten Tschechiens) mit einem tschechischen Privatinvestor unterzeichnet. Mit dem Bau soll Ende Oktober begonnen werden. Ab Februar 2008 soll das erste Fotovoltaik-Kraftwerk seiner Art in Tschechien Solarstrom ins öffentliche Netz einspeisen. Die Investition für das nachhaltige Projekt beträgt rund 4,6 Millionen EUR. Seit 1. Januar 2007 gibt es in Tschechien auch für Solarstrom ein Einspeisegesetz: Jede Kilowattstunde wird vom Staat zusätzlich mit 12,40 CZK (44 Cent) vergütet.

Quelle: <http://www.centropolitan.eu>, 02.08.2007

Run auf Bioenergieförderung

Das von der tschechischen Regierung mit Unterstützung europäischer Mittel aufgelegte Programm Öko-Energie hat ein enormes Interesse ausgelöst. Run auf Solar- und Wasserkraftanlagen. Wie das Ministerium für Industrie und Handel mitteilte, liegen 567 Anträge mit einem Volumen von 11,3 Mrd. CZK (ca. 41 Mio. EUR) vor. Vor allem Solaranlagen wollen die Unternehmen bauen, 38 Prozent aller Anträge bezogen sich darauf. Jeweils 13 Prozent der Anträge betrafen Investitionen in kleine Wasserkraftwerke sowie in Biogasanlagen.

Lediglich ein Viertel der Anträge hatte energiesparende Maßnahmen zum Ziel. Das Programm Öko-Energie ist Teil des Operationsprogrammes „Unternehmen und Innovation“. Für das Programm „Öko-Energie“ sollen laut Mitteilung des zuständigen Ministeriums für Industrie und Handel im Oktober die endgültigen Freigaben aus Brüssel erfolgen, woraufhin das Auswahlverfahren gestartet werden kann. Bisher wurden in Tschechien 104 Projekte gefördert, meist mit Mitteln für den Bau sowie die Rekonstruktion kleiner Wasserkraftwerke.

Quelle: <http://www.centropolitan.eu>, 13.09.2007

Slowakei

Mehr als 700 Tausend Kronen für fünf grüne Projekte

In der zweiundfünfzigsten Runde des Umweltprogramms fördert Ekopolis fünf Projekte aus der Slowakei mit einer Gesamtsumme von über 700 Tausend SSK

Insgesamt 17 Organisationen haben in dieser Runde Projekte eingereicht, deren Gesamtfördersummen mehr als 2 Millionen SSK betragen. Die nächste Ausschreibungsrunde wird für das Frühjahr 2008 geplant. Das Umweltprogramm hat in 16 Jahren seiner Existenz insgesamt 528 Projekte in der ganzen Slowakei mit einer Summe von 45.706.000 SSK gefördert.

Im Rahmen des Umweltprogramms fördert Ekopolis Projekte, die Systemänderungen im Umweltschutz umsetzen. Vor allem werden Projekte unterstützt, die die Transparenz der Entscheidungsprozesse stärken, die Aktivitäten zum Schutz des Rechtes auf eine gesunde Umwelt unterstützen und auf der Zusammenarbeit mehrerer Partner basieren. Projekten mit Vorbildfunktion wird Priorität eingeräumt.

Liste der geförderten Projekte:

Verein TATRY, Liptovský Mikuláš: Mittels BürgerInnenkontrolle soll der Druck hinsichtlich der Einhaltung der Umweltgesetze in der Region Liptov gesteigert werden.

OK Veľký Šariš, Veľký Šariš: Alternative Lösungen in der Abfallwirtschaft der Städte Veľký Šariš und Prešov

Pospolitosť pre harmonický život, Pliešovce: In Zusammenarbeit mit der Gemeinde soll ein Netzwerk unterschiedlicher Schutzgebiete geschaffen werden.

OZ Kremnica nad zlato, Kremnica: Die BürgerInnen sollen in ihrer negativen Einstellung zum oberflächlichen Goldabbau bekräftigt werden.

OZ Slatinka, Zvolen: Wie und warum die Natur in der Stadt schützen?

Quelle: www.changenet.sk, 31.07.2007

Drei Viertel der Slowaken trennen angeblich Abfall

Laut einer Umfrage der TNS SK, die im Juni 2007 unter 1008 Befragten durchgeführt wurde, wird von drei Viertel (75,7%) der Bevölkerung im Haushalt zumindest teilweise der Abfall getrennt. Weniger als ein Viertel (23,1%) gibt an, Abfälle nicht zu trennen und nur 1,2 % haben die Frage nicht beantwortet.

Im Vergleich zum slowakischen Durchschnitt trennen vor allem Einwohner kleinerer Gemeinden (bis 5.000 Einwohner). In den zwei größten Städten ist der Anteil jener, die Abfälle trennen, geringer. In Bratislava und Košice trennen nur sechs von zehn Befragten.

Jene Befragten die Abfälle trennen, geben an, vor allem Kunststoffe und PET-Flaschen zu trennen, weiters Glas und Papier. Nur etwa ein Fünftel der slowakischen Bevölkerung sammelt auch Verpackungen aus Tetrapak.

Die Analyse beschäftigt sich ebenso mit den Gründen der 23,1 % der Bevölkerung, die keine Abfälle trennt. Etwas weniger als die Hälfte dieser Befragten gibt an, keine Möglichkeit zur Abfalltrennung zu haben. Wenn die Möglichkeit gegeben wäre, würden diese Befragten ihre Abfälle trennen. Nur ein Fünftel jener, die nicht trennen, hat zwar die Möglichkeit dazu, findet die Abfalltrennung jedoch zu kompliziert bzw. sehen keinen Sinn dahinter.

Quelle: www.changenet.sk, 03.08.2007

Region Košice will keine Windenergie

Investoren interessieren sich für den Bau von Windkraftwerken in der ganzen Slowakei. Nicht alle Regionen können sich für solche Projekte begeistern. Endgültig entscheidet die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das Umweltministerium hat bereits 550 Anträge für Windkraftanlagen auf dem Gebiet der gesamten Slowakei in Evidenz und es werden weitere Anträge erwartet. Das Interesse seitens diverser Investoren ist groß. Die östlichen Regionen befürchten diverse technische Probleme, wie Lautstärke, Vibrationen und vor allem die Störung der Umwelt. Nach Meinung der Experten steht Windkraft als alternative Energiequelle in ihrer Effektivität erst an der fünften Stelle. Vor ihr befinden sich Biomasse, Sonnenenergie, Wasserkraft und Geothermik.

Quelle: www.sme.sk, 28.08.2007

Zieselkolonie wird vom Flughafen nach Záhorie übersiedelt

Die große Zieselkolonie, die auf den Rasenflächen des Bratislavaer Flughafens beheimatet ist, wird in diesen Tagen gefangen und unweit der Gemeinde Kuchyňa in die Region Záhorie übersiedelt. In der Nähe des Flughafens ziehen die Ziesel die Aufmerksamkeit diverser Greifvögel aus der Gegend auf sich, was die Flugsicherheit beeinträchtigt. Außerdem sollen die Ziesel auch wegen der geplanten Bauarbeiten am Flughafen übersiedelt werden, die der Kolonie ihre natürliche Umwelt zerstören werden.

Die gefangenen Ziesel finden eine neue Heimat auf bereits aufbereiteten Weiden in der Nähe von Kuchyňa. Die Tierschützer haben nichts dem Zufall überlassen und bohrten im Boden Löcher vor. Wenn es den Umweltschützern gelingt, eine ausreichende Anzahl an Individuen zu übersiedeln, bleibt die Population erhalten.

Das Projekt der Ziesel-Umsiedlung wurde mit Hilfe der Europäischen Kommission im Rahmen des ungarisch-slowakischen LIFE-Nature-Projektes zum Schutz des Würgfalke in den Karpaten erarbeitet. Über die neuen Bewohner werden sich aber auch andere Greifvögel freuen – Mäusebussard, Habicht und der seltene Kaiseradler.

Quelle: spravny.pravda.sk, 11.08.2007

Ungarn

Was taugt der Kompromiss in der Raab-Affäre

Die Umweltminister Gábor Fodor und Josef Pröll haben ein Abkommen unterzeichnet, dem zufolge der seit sechs Jahren andauernden Verschmutzung der Raab durch österreichische Lederfabriken in absehbarer Zeit ein Ende bereitet werden soll. Ungarische Umweltschützer begrüßten zwar den Fortschritt, doch bemängelten sie zugleich die schleppende Durchführung und sehen in der Vereinbarung eine Mogelpackung.

Laut der Vereinbarung werden in den Lederfabriken der Steiermark und des Burgenlandes Wasserfilteranlagen eingebaut. Gleichzeitig soll die österreichische Regierung strengere Normen für die Belastbarkeit der Gewässer durch organische Stoffe einführen. Die Salzbelastung der Flüsse soll ebenfalls begrenzt werden. Die Lederfabriken und ein geothermisches Kraftwerk verursachen seit Jahren schwere Umweltschäden in Gewässern beider Länder, wobei sich die Verursacher darauf beriefen, dass entsprechende Normen ohnehin eingehalten würden. Durch die neuen Filteranlagen der Lederfabriken kann die Wasserqualität der Raab ab

2008 wesentlich verbessert werden. Das geothermische Kraftwerk von Fürstenfeld, das große Mengen von Salz in die Flüsse abgibt, soll spätestens 2009 seinen Betrieb einstellen.

Bürgerorganisationen kritisierten die von den Regierungen als „Durchbruch“ bezeichnete Vereinbarung. Laut Greenpeace fehlen konkrete Angaben darüber, ab wann die Lederfabriken die neuen Normen einhalten müssen. Die ungarische Bürgerorganisation Pro Natura von Szentgotthárd (Pronas) erklärte: Die nun beschlossenen Maßnahmen beinhalteten nicht mehr, als das was Ungarn auch schon früher gefordert und Österreich versprochen, doch nie verwirklicht habe.

Quelle: Pester Lloyd, 02.07.2007

Erdwärme – Nur heiße Luft?

Schon die Römer wussten die Energie aus dem Erdreich zu nutzen. Eine aktuellere Entwicklung stellt die Erdwärmepumpe dar. Mittels einer solchen Anlage wird in Zukunft das erste Mehrfamilienhaus in Budapest beheizt. Es kommt vollkommen ohne Schornsteine und ohne fossile Brennstoffe aus. Versteckt hinter den Wänden der 88 Wohnungen laufen über 240.000 m Plastikrohre, in denen eine Spezialflüssigkeit zirkuliert. Diese soll im Sommer kühlen und im Winter heizen. Wenngleich nicht so hohe Temperaturen wie bei einem Heizkörper erzielt werden, reicht das System aus, um vom Empfinden her vergleichbare Temperaturen zu erzeugen. Denn anders als bei einem Heizkörper strahlen die Wände eine gleichmäßige und somit angenehmere Wärme ab.

Reichen bei einem Einfamilienhaus zwei Sonden aus, so benötigt das Mehrfamilienhaus 66 dieser Kollektoren, die an ihrem tiefsten Punkt 110 m in den Erdboden reichen. Ungarn verfügt dabei über einen besonderen Standortvorteil. Denn die Temperaturen im Erdreich sind um einige Grad höher als beispielsweise in Deutschland. Während man dort ab ca. 30 m Tiefe eine Erwärmung um 1 Grad Celsius erreichen kann, genügen in Ungarn bereits 16-20 m tief reichende Sonden dafür.

Es scheint erstaunlich, dass die Technologie in Ungarn noch nicht sehr verbreitet ist. Denn zusätzlich zum Standortvorteil wird der CO₂- Ausstoß enorm reduziert. So würde die herkömmliche Beheizung eines Hauses vergleichbarer Größe jährlich eine Tonne CO₂ produzieren. Man sollte sich jedoch auch vor Augen halten, dass diese Technologie nur für Neubauten verwendbar ist. Daher kann die Technologie, so wegweisend sie auf lange Sicht auch scheint, mittelfristig nicht alleine bestehen.

Quelle: Pester Lloyd, 12.07.2007

Chinesische Firma geht nach Ungarn

Der chinesische Verpackungshersteller Livan Biodegradable Product Co Ltd. will im ungarischen Alsózsolca eine Fabrik zur Herstellung von umweltfreundlichen Lebensmittel-Verpackungen aus Mais errichten. Dabei handelt es sich um die erste große chinesische Investition in Ungarn. Alsózsolca liegt im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén.

Das Werk soll 2009 seinen Betrieb aufnehmen und 800 Mitarbeiter beschäftigen. Die aus Mais erzeugten Verpackungen werden in Ungarn und in anderen europäischen Ländern verkauft. Die Kapazität soll anfangs 50.000 Tonnen Verpackungsmaterial pro Jahr betragen und später auf 100.000 Tonnen verdoppelt werden.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 08.09.2007

Referendum über 2. Atomkraftwerk

Der ungarische Umweltminister Gabor Fodor hat ein Referendum für die Entscheidung über ein weiteres Atomkraftwerk in Ungarn vorgeschlagen. Der stellvertretende Wirtschaftsminister Balazs Feldmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein neues Atomkraftwerk helfen würde, die Treibhausgasemissionen zu verringern.

Die vier Reaktoren sowjetischer Bauart des einzigen Atomkraftwerks Paks in Ungarn produzieren derzeit 38 Prozent der elektrischen Energie Ungarns, so Feldmann. Das Atomkraftwerk Paks ging 1976 in Betrieb. Im Jahr 2003 war es zu einem ersten Zwischenfall gekommen, nachdem radioaktives Gas durch ein Leck in der Ummantelung der Brennstäbe ausgetreten war. Die Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Paks ist im Jahr 2000 um zehn Jahre verlängert worden.

Ungarn teilt jedoch nicht die Meinung vieler westlicher Länder, dass Atomkraft umweltfreundlich ist. Sie verursache andere Umweltprobleme, so Feldmann weiter. Es seien Pläne nötig, die die Abhängigkeit in der Energieproduktion vom derzeit einzigen ungarischen Atomkraftwerk Paks verringern würden.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 11.09.2007

Österreich

Fachmarktzentrum in Bruck wird erweitert

Das bereits bestehende Fachmarktzentrum im Osten der Stadt Bruck an der Leitha im ecoplus Wirtschaftspark wird vergrößert, und zwar um 20 neue Shops. Die Verkaufsfläche des bestehenden Fachmarktzentrums wird um 11.000 auf 20.000 Quadratmeter erweitert. Geboten wird ein Branchenmix mit Unternehmen aus den Bereichen Mode, Schuhe, Sport, Elektronik, Kosmetik etc. Rund 150 Arbeitsplätze werden gesichert. "Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Bruck und die Region", ist auch Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann überzeugt.

Die Ausweitung des Fachmarktzentrums ist Teil des Niederösterreichischen Stadtentwicklungsprojektes "Einkaufsstadt/Bruck an der Leitha", das die Stärkung des gesamten Handelsstandortes Bruck an der Leitha zum Ziel hat.

In Bruck wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt durchgeführt. So gibt es zum Beispiel eine Marketingkooperation der Innenstadt-Kaufleute mit dem Fachmarktzentrum im ecoplus Wirtschaftspark.

"Stadtentwicklung ist auch Regionalentwicklung", betonte Landeshauptmannstellvertreter Gabmann. "Eine florierende Wirtschaft bedeutet Leben, Ambiente und Standortkompetenz, sie belebt, schafft Kommunikation und fördert die regionale Wirtschaft. Dadurch profitieren die einzelnen Gemeinden enorm und sind zugleich auch Impulsgeber für andere."

Quelle: OTS, 31.08.2007

Lebensmittel aus Niederösterreich sind garantiert sicher

Damit sich die Konsumenten auch in Zukunft auf den hohen Qualitätsstandard niederösterreichischer Lebensmittel verlassen können, unterstützt das Land im Rahmen der Lebensmittelinitiative Niederösterreich Betriebe mit konkreten Projekten beim Erhalt und Ausbau größtmöglicher Hygiene- und Sicherheitsstandards.

Die Experten der von der Wirtschaftsagentur ecoplus umgesetzten Lebensmittelinitiative konzentrieren sich dabei bewusst auf einige wenige, dafür aber höchst erfolgversprechende Schlüsselprojekte mit großer Breitenwirkung: Gefördert werden zum Beispiel die Schulung und Umsetzung von anspruchsvollen Hygienekonzepten (HACCP) und Qualitätssicherungssystemen (IFS), die eine hohe Transparenz bei der Lebensmittelproduktion garantieren. Ebenfalls in diese Richtung geht ein elektronischer Produktepäss, der gemeinsam mit der Börse für Landwirtschaftliche Produkte und zahlreichen Experten entwickelt wird.

Bei den heimischen Fleischwarenbetrieben wiederum können durch den Einzug neuer Technologien verbesserte oder gänzlich neue Produkte entwickelt werden. Unterstützt wird der notwendige Technologietransfer im Zuge der "Qualitätsinitiative Fleischverarbeitung". Dass sich die sorgfältige Erzeugung der heimischen Lebensmittel schlussendlich auch im hervorragenden Geschmack niederschlägt, beweisen die Produkte, die unter der Dachmarke "Echt aus Niederösterreich" im ausgesuchten Einzelhandel erhältlich sind.

"Mit den Aktivitäten der Lebensmittelinitiative unterstützen wir den heimischen Lebensmittelsektor nachhaltig von der Produktion bis zum Vertrieb", betont Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann. "Es gilt dabei, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der NÖ Lebensmittelbranche zu erhöhen und damit den Wirtschaftsstandort Niederösterreich auch langfristig zu stärken und abzusichern. Gleichzeitig können wir damit aber auch in Zukunft garantieren, dass Lebensmittel aus Niederösterreich garantiert sicher sind."

Quelle: OTS, 21.08.2007

Regionext - die steirische Antwort auf den EU-Standortwettbewerb

Der steirische Landeshauptmann Mag. Franz Voves präsentierte heute den Bundesräten das steirische Projekt Regionext, die steirische Antwort auf die Herausforderungen des regionalen Wettbewerbs in Europa. Um die Regionen vital zu erhalten und zu verhindern, dass junge Menschen in den Regionen auf der Suche nach Jobs in die Ballungsräume abzuwandern - wie in den USA und in Südamerika -, hat die Steiermark das Projekt Regionext gestartet.

Die Steiermark will ihre 542 Gemeinden erhalten, weil die Menschen dort verwurzelt sind und dort ihre Identität haben. Die Gemeinden sollen auf freiwilliger Basis im Rahmen von 70 bis 80 Kleinregionen kooperieren. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Schulen und Vereine "in Kirchturmnähe" bleiben, die Gemeinden etwa bei der Errichtung von Mehrzweckhallen und Altstoffsammelanlagen aber miteinander kooperieren. Diese Kleinregionen sollen aus den Gemeinden heraus entstehen und nicht von oben herab verordnet werden, hielt der Landeshauptmann fest. Darüber sollen sechs Großregionen gebildet werden, in denen Entscheidungen über Headquarters und Leitbetriebe, über touristische Leitprojekte, Kultureinrichtungen und

Bildungsinstitutionen getroffen werden. Als Beispiel stellte Voves die Großregion Obersteiermark-Ost vor, die die Bezirke Leoben, Bruck/Mur und Mürzzuschlag umfasse und wirtschaftlich als Materialcluster definiert werde. "Bleiben wir dort, wo die Menschen zu Hause sind - dafür biete der Föderalismus gute Voraussetzungen. Seine Strukturen sind noch verbesserungsfähig, daran sollten wir arbeiten", lautete der Appell des steirischen Landeshauptmannes an die Bundesräte.

Quelle: OTS, 20.07.2007

41 Neuansiedlungen und Erweiterungen in Niederösterreich

Eine höchst erfreuliche Halbjahresbilanz des Bereichs Standort & Service zieht die Wirtschaftsagentur ecoplus: In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 2007 haben sich in Niederösterreich mit Unterstützung von ecoplus 41 Unternehmen angesiedelt bzw. ihren Betrieb erweitert, wodurch rund 500 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert werden konnten. "Die Zahl der Ansiedlungen und Erweiterungen ist in Niederösterreich seit Jahren im Steigen", zeigt sich Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann zufrieden. Seit dem Jahr 2000 hat sie sich sogar verdoppelt.

Um die Attraktivität Niederösterreichs als Wirtschaftsstandort kontinuierlich zu steigern und um den Betrieben perfekte Bedingungen bieten zu können, hat ecoplus schon vor Jahren entsprechende Maßnahmen wie zum Beispiel die perfekt aufgeschlossenen Wirtschaftsparks ergriffen.

Im ecoplus Wirtschaftspark Ennsdorf siedelte sich im ersten Halbjahr 2007 etwa die Beiselen GmbH an. Das Unternehmen mit Stammsitz in Ulm ist einer der führenden Großhändler für Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie für landwirtschaftliche Erzeugnisse Deutschlands.

Auch außerhalb der Wirtschaftsparks tut sich viel: Die Mosser Holzindustrie GmbH, einer der erfolgreichsten Leimholz-Anbieter Europas, errichtet ein neues Sägewerk in Wolfpassing/Zarnsdorf. Und der Kunststoff-Hersteller Borealis baut in Schwechat eine Borstar PP-Versuchsanlage zur Entwicklung neuer Polymere.

Seit Anfang des Jahres sind bei ecoplus 266 neue Investorenanfragen eingegangen, insgesamt sind derzeit 326 Investorenprojekte in Bearbeitung. "Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, stellen ein langfristiges Wachstum sicher und stärken die einzelnen Regionen", betont Gabmann.

Quelle: OTS, 27.07.2007

Niederösterreich bewirbt sich um ein K2-Forschungszentrum

Das Kompetenzzentrum für Angewandte Elektrochemie (ECHEM) am Technopol Wiener Neustadt kann mit international beachtenswerten wissenschaftlichen und industriellen Erfolgen aufwarten und beabsichtigt, seine Aktivitäten noch weiter auszubauen: So soll mit einem Budget von rund 50 Millionen Euro in fünf Jahren ein neues K2-Kompetenzzentrum aufgebaut werden.

Das Interesse seitens der Wissenschaft und Industrie ist groß: So beteiligen sich rund 50 nationale und internationale Forschungseinrichtungen sowie über 40 international tätige Unternehmen am Konsortium. Prominente Vertreter aus Niederösterreich sind etwa Mondi Business Paper, Krems Chemie, Knorr Bremse, Berndorf Band, DOKA Industries, Battenfeld und Georg Fischer Automotive, dazu kommen bundesweite Unternehmen wie AT&S, Voestalpine Stahl und Andritz. Auch große Firmen aus dem Ausland wollen sich an dem neuen Zentrum beteiligen.

Die vielen Vorteile des K2-Zentrums werden vor allem Industriebetriebe nutzen und sich um das Zentrum ansiedeln. "Die neue Generation von Kompetenzzentren soll in der Liga der weltweit Besten mitspielen und international hervorragende ForscherInnen sowie Unternehmen vom Forschungsstandort Niederösterreich überzeugen", so Landeshauptmann-Stellvertreter Gabmann.

Außerdem wurden vom Land Niederösterreich noch drei K1-Zentren (mit einem kleineren Ausmaß als K2) eingereicht: "Wood" in Tulln, Bioenergie 2020 in Wieselburg sowie 3CoD-Car on Demand/Fraunhofer Institut. Im September wird die Entscheidung fallen, welche Einreichungen gefördert werden. Österreichweit gab es in Summe 17 Anträge - wovon drei als K2 und acht als K1 gefördert werden.

Quelle: OTS, 30.07.2007

Tschechien

Tschechien öffnet 2008 Arbeitsmarkt für Ausländer

Der tschechische Arbeitsminister Petr Nečas will den die Beschäftigung von Nicht-EU-Bürgern in Tschechien erleichtern. Derzeit werden in den tschechischen Unternehmen 200.000 Ausländer beschäftigt. Allein im letzten Jahr ist die Anzahl der ausländischen Mitarbeiter um ein Viertel gestiegen. Die Firmen klagen über einen Mangel an vorhandenen Arbeitskräften. Momentan gibt es in tschechischen Betrieben an die 100.000 freie

Arbeitsplätze. Der tschechische Arbeitsminister Petr Nečas sagte gegenüber den Medien: „Es ist offensichtlich, dass wir ohne ausländische Mitarbeiter nicht auskommen.“

Es werden derzeit „grüne Karten“ vorbereitet, die ab nächsten Jahr gelten sollen. Eine vollständige Liste mit begünstigten Ländern ist zurzeit in Vorbereitung. So soll es künftig nicht mehr notwendig sein, dass man den Behörden nachweisen muss, dass es keinen tschechischen Bewerber für die Stelle gibt. Vielmehr sollen Antragsteller sofort eine Arbeitsbewilligung bekommen mit einem Zeitpuffer, so dass sie genügend Zeit zur Arbeitssuche in Tschechien haben. Das Visum sollen sie in der Zukunft nicht nur an der Botschaft, sondern auch über Agenturen erhalten können.

Quelle: www.centropolitan.eu, 18.07.2007

Industrie & Handel: Tschechien sucht Facharbeiter

Der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften ist längst nicht mehr nur ein Problem westlicher Industriestaaten. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs wird es auch für Unternehmen in Tschechien immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. So klagten drei Viertel der Unternehmen in Tschechien vor allem über Facharbeitermangel, berichtete die Tageszeitung Hospodářské noviny unter Berufung auf eine Umfrage, die die tschechische Handelskammer durchgeführt hat.

Besonders im industriellen Bereich ist der Mangel an geeigneten Arbeitskräften spürbar. Hier suchen knapp 90 Prozent der Unternehmen nach Personal. Aber auch Lkw-Fahrer, Verkäufer und IT-Spezialisten werden gesucht. Viele Unternehmen sind daher dazu übergegangen, Arbeitnehmer aus dem Ausland anzustellen. So ist ein Drittel der Unternehmen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Der Hersteller für LCD- und Computerbauteile Foxconn beispielsweise beschäftigt in Tschechien Arbeitnehmer aus acht Ländern, bei IBM sind es sogar fast 30. Nach Angaben der Hospodářské noviny steigt darüber hinaus die Bereitschaft der Unternehmen, auch ältere Menschen einzustellen.

Etwa 60 Prozent der befragten Unternehmen bestätigten, dass der Mangel an Arbeitskräften zu einem Anstieg der Löhne geführt hat. Auch Inflation und Konvergenz spielen bei den Lohnsteigerungen natürlich eine Rolle. Auch in der slowakischen und ungarischen Autoindustrie sowie im IT-Bereich gibt es einen zunehmenden Fachkräftemangel, der die Ankündigungen österreichischer Wirtschaftspolitiker, dass man eventuellen Bedarf in Österreich durch regulierte Arbeitsmarktöffnung befriedigen will, in zumindest fragwürdigem Licht erscheinen lässt.

Quelle: www.centropolitan.eu, 14.08.2007

Ausländische Investoren steigen im tschechischen Biergeschäft ein

Wie in fast allen Branchen, haben ausländische Multis auch in der traditionsreichen tschechischen Bierindustrie das Regiment übernommen. Die Marke Krušovice wechselte jetzt schon zum zweiten Mal den Besitzer.

Der niederländische Brauereikonzern Heineken ist durch die Übernahme der Traditionsmarke Krušovice jetzt Tschechiens drittgrößter Bierbrauer: Wie das tschechische Kartellamt mitteilte, stimmte es der Übernahme der Brauerei Krušovice durch Heineken zu.

Das Unternehmen, das 1517 gegründet wurde und zuerst den böhmischen Königen, später kurz den Habsburgern gehörte, war bislang in Besitz der deutschen Radeberger Gruppe. Heineken übernahm vor Jahren bereits die tschechische Brauerei Starobrno. Mit Krušovice und Starobrno kommt Heineken auf einen jährlichen Bier-Ausstoß von 1,85 Millionen Hektoliter und gut acht Prozent Anteil auf dem tschechischen Markt.

Klarer Marktführer im traditionellen Biertrinker-Land Tschechien ist Plzeňský Prazdroj. Die zum britischen Brauereigiganten SAB Miller zählende Gruppe, die unter anderem Bier der Weltmarke Pilsner Urquell produziert, hält etwa 45 Prozent Marktanteil.

Quelle: <http://www.centropolitan.eu>, 9.08.2007

Slowakei

Tresorenfabrik

Der österreichische Traditionshersteller Wertheim betreibt in der Slowakei bereits seit einigen Jahren zwei Betriebe – in Modra und in Dunajská Streda. Jetzt wird die Errichtung eines dritten Betriebes in Betracht gezogen. Die Gesamtinvestition soll etwa 700 Millionen SSK betragen. Als Standort wird wieder Dunajská Streda überlegt.

Die Investition soll die Geschäftsführung Wertheims bis Ende Sommer entscheiden. Dunajská Streda ist zwar ein guter Kandidat, aber der österreichische Investor überlegt auch in andere, billigere Teile Europas bzw. Asiens zu gehen. Als Alternativen sollen Rumänien oder China in Frage kommen. Doch mit der Slowakei hat das Unternehmen bereits mehrjährige Erfahrungen, daher werden dem slowakischen Süden gute Chancen vorhergesagt.

Sollte die Investition in die Slowakei fließen, wird mit dem Bau des Betriebes bereits Anfang kommenden Jahres begonnen werden. In der Produktion von Banktresoren und anderer Sicherheitstechnik sollten etwa hundert ArbeiterInnen beschäftigt werden. Jährlich sollten etwa 200.000 Tonnen Blech verarbeitet werden. Die Gesamte Produktion soll zum Export bestimmt sein.

Wertheim erreicht auch ohne den neuen Betrieb bereits beachtliche Ergebnisse in der Slowakei. In den zwei bestehenden Betrieben sind 700 ArbeitnehmerInnen beschäftigt und die Umsätze erreichen mehrere Milliarden SSK.

Quelle: *firmy.etrend.sk*, 09.08.2007

Kein „Plan B“ für die slowakische Krone

Die slowakische Regierung verfügt über keinen Krisenplan, wenn der Euro 2009 nicht eingeführt werden kann. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass solch ein Plan überflüssig wäre. Die Einführung des Euro könnte nur eine verantwortungslose Wirtschaftspolitik der Regierung verhindern. Die Regierung zweifelt nicht an der rechtzeitigen Einführung der gemeinsamen Währung. Trotzdem kommen aus dem Ausland einige Warnhinweise. So wird der Slowakei empfohlen, ein „attraktives Konvergenzprogramm“ zu gestalten oder die Maastricht-Kriterien dauerhaft einzuhalten. Dabei geht es vor allem um das Defizit und die Inflation, die beide durch die Regierungspolitik beeinflusst werden. Durch einige „mutige“ Äußerungen sind Zweifel aufgekommen, ob die Slowakei ihre Politik mit jener der Europäischen Zentralbank koordinieren kann. So könnte z.B. die Einführung des Euro durch unbedachte Verteilung des Budgets verhindert werden.

Eine Verzögerung der Euro-Einführung würde die slowakische Wirtschaft erschüttern. Das würde sich in einer kurzfristigen Schwächung der Krone widerspiegeln. Die slowakische Wirtschaft ist derzeit stark und eine kurzfristige Schwächung würde sie verkräften. Sollte der Zustand jedoch länger anhalten, könnte es zur Teuerung der Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland führen, was wiederum zur Erhöhung des Defizits beitragen würde.

Quelle: *www.sme.sk*, 22.08.2007

Šamorín bekommt einen Betrieb für 60 Millionen

Insgesamt 60 Millionen SSK möchte der Italienische I.G. Gasket International in eine Produktion von Gummiprodukten für die Automobilindustrie investieren. Das Tochterunternehmen der Italian Gasket S.P.A. möchte jährlich 480 Tonnen Gummiprodukte für die Automobilindustrie, Technik und Hydraulik herstellen. Mit dem Bau wird im Herbst begonnen. Bereits im Frühjahr 2008 ist die Fertigstellung geplant.

Es ist geplant, in einem Zwei-Schicht-Betrieb mindestens 75 neue Arbeitsplätze zu schaffen, was zur Senkung der Arbeitslosenrate im Bezirk Dunajská Streda führen würde. In diesem Bezirk gibt es derzeit noch keine mittleren Unternehmen. Nach dem Abzug der Samsonite Slovakia in Juni haben 350 Menschen ihre Arbeit verloren.

Quelle: *www.sme.sk*, 14.08.2007

Ungarn

Auf Ungarns ImmoMarkt ist der Zug abgefahren

Nach der Wende waren österreichische Immo-Investoren unter den ersten, die in Ungarn gebaut und gekauft haben. 17 Jahre später ist das Bild ein anderes: Der Markt ist riskanter, und teilweise schlechter als in Wien, die für 2008 geplante Immo-Steuer eine zusätzliche Belastung. Die Folge: Die rotweißroten Immoriesen haben sich von Ungarn abgewendet.

"In Ungarn ist die beste Zeit vorbei", sagt Matthäus Jiszda, Österreich-Chef des internationalen Maklers und Consultants DTZ. "Wir haben viele Objekte akquiriert. Doch inzwischen sind andere Ost-Märkte im Fokus der Anleger", so der Immo-Profi.

Die meisten Wiener Ost-Immo-Player kümmern sich nur mehr um ihre Bestandsobjekte und planen keine Neuinvestments in Ungarn. Allein der Wohnimmo-Spezialist Conwert überlegt noch. "Unser Hauptproblem ist aber, dass die Nachfrage nach Mietwohnungen gering ist. 90 Prozent der Ungarn wohnen in ihren eigenen vier Wänden", so CEO Johann Kowar.

Tatsächlich liegt das private Immobilienvermögen in Ungarn bei rund 168 Milliarden Euro und ist damit doppelt so hoch wie das BIP. Das ist die Folge der über die vergangenen Jahre stetig gestiegenen Immobilienpreise.

Heuer ist die Rallye aber zum Erliegen gekommen, die Preise stiegen geringer als die Inflation. Weitere Einbrüche könnte die für 2008 geplante Immo-Steuer bringen: Gerüchten zufolge sollen 0,5 bis ein Prozent des Wertes von privaten und gewerblich genutzten Objekten jährlich an den Fiskus gehen. "Das ist eigentlich eine

Doppelbesteuerung, da viele Immobilien mit bereits versteuerten Einkünften gekauft werden", sagt der Budapester Steuerexperte und Universitätsprofessor György Herich.

Quelle: www.wirtschaftsblatt.at, 20.08.2007

“Ostfront” gegen OMV?

Nächster Schachzug in der MOL-Abwehrschlacht: Ungarn holt die Tschechen gegen den Angriff Österreichs ins Boot, splittert so die Stimmrechte auf und macht sich liquide für weitere eigene Aktienrückkäufe.

Der ungarische Mineralölhändler MOL und der tschechische Energieversorger CEZ verhandeln nach Informationen des Budapester Wirtschaftsblattes "Napi Gazdaság" über den Verkauf eines 10%-Aktienpaketes der MOL "oder sogar über mehr" an die CEZ, berichtet die Zeitung. Da der tschechische Energieversorger (der u.a. auch das Atomkraftwerk Temelin betreibt) kaum konkurrierende Ambitionen hat, handelte es sich bei einem solchen Deal um eine klare Ansage gegen die Übernahmebemühungen (offiziell: Kooperationswünsche) des österreichischen Konkurrenten OMV. Angelsächsische Analysten sprechen sogar schon ahnungslos von einer "Ostfront" gegen die OMV, nicht wissend, dass Prag westlich von Wien gelegen ist...

Die Transaktion würde nach momentanem Aktienstand mindestens eine Milliarde Euro kosten. CEZ würde so, neben der OMV, OTP, BNP-Paribas und der MFB zu einem der (begrenzt) stimmberechtigten Hauptaktionäre werden und finanzielle Mittel in die Kriegskasse der MOL bringen, die seit dem als feindlich angesehenen Einstieg der OMV, massiv eigene Aktien zurückkauft. Rund 35% der Aktien befinden sich nach Schätzungen noch in Streubesitz. Die Brisanz an der Angelegenheit: Die CEZ befindet sich selbst in Staatseigentum und steht nach neuesten Ankündigungen aus Prag womöglich bald vor der Privatisierung: Dies könnte die dortigen Kräfteverhältnisse und danach auch bei Ungarns und Mittelosteuropas größtem Mineralölkonzern und Tankstellenbetreiber, wieder völlig neu mischen.

Quelle: *Pester Lloyd*, 30.08.2007

Leichtes BIP-Wachstum in Ungarn

In Ungarn ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der ersten Jahreshälfte 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,9 Prozent gewachsen. Das teilte das Statistische Zentralamt (KSH) in Budapest mit. Vor allem im zweiten Quartal zeichnete sich mit einem Wachstum von nur 1,2 Prozent ein Rückgang ab, nach plus 3,8 Prozent im zweiten Quartal 2006 und plus 2,7 Prozent im ersten Quartal 2007.

Das geringere Wachstum ist laut KSH vor allem auf den Rückgang im Bausektor um 8,3 Prozent wegen geringerer Straßenbautätigkeit sowie in der Landwirtschaft wegen Frost und Dürre um 7,3 Prozent zurückzuführen. Im Gegenzug blieb die verarbeitende Industrie wegen stabiler Exportaufträge mit einem Wachstum um 8,4 Prozent Motor der Wirtschaft. Im Dienstleistungssektor stagnierte die Leistung.

Ungarns gesamte Wirtschaft spürt seit Jahresbeginn die Auswirkungen des Spar- und Belastungspakets der Regierung, mit dem das ausufernde Budgetdefizit von zuletzt 9,2 Prozent des BIP verringert werden soll.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 09.09.2007

Strabag baut in Südungarn

Der zur österreichischen Strabag-Gruppe gehörende ungarische Zement-Hersteller Nostra Cement hat - wie bereits zu Jahresbeginn angekündigt - mit dem Bau eines neuen Zementwerks im südungarischen Kiralyegyhaza begonnen. Das Investitionsvolumen betrage 45 Milliarden Forint (176 Mio. Euro), erklärte der Geschäftsführer von Nostra Cement, József Kóvári.

Das Werk soll bis 2010 fertig werden und dann mehr als 100 Leute beschäftigen. Die Hälfte der Produktion will die Strabag für eigene Projekte in Ungarn verwenden, der Rest soll verkauft werden, erklärte Kóvári. Nach früheren Angaben soll die Kapazität bis zu 850.000 Tonnen Zement betragen.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 09.09.2007

Raiffeisen finanziert Bahnbau

Die staatliche ungarische Eisenbahngesellschaft MAV (Magyar Allamvasutak) bekommt von der Raiffeisen Bank einen Kredit über 141,6 Millionen Euro. Damit soll die Beschaffung von 30 Schnellbahn-Zügen des Schweizer Herstellers Stadler finanziert werden.

MAV hatte bereits im Sommer 2005 im Zuge einer umstrittenen Ausschreibung die ersten 30 Züge von Stadler bestellt, berichtete die ungarische Nachrichtenagentur MTI. Die ersten dieser Züge verkehren seit April 2007, der letzte soll im März 2008 geliefert werden. Für diese Züge bezahlt die ungarische Bahn 144,6 Millionen Euro, die langfristige Wartung kostet weitere 120,2 Millionen.

Der zweite Satz von 30 Schnellbahnzügen kostet um 3 Millionen Euro weniger, weil die MAV die Züge vor Ablauf der vereinbarten Frist bestellt hat. Der erste dieser Züge muss innerhalb eines Jahres geliefert werden, der letzte bis 15. Oktober 2009, erklärte MAV-Sprecher Zoltan Dunai laut MTI.

Der Kreditvertrag wird voraussichtlich am 17. September unterzeichnet, berichtete die ungarische Tageszeitung "Vilaggazdasag". Der Zinssatz liegt 97 Basispunkte über Libor. Der Vertrag war Voraussetzung für die Errichtung einer Zugfabrik durch die Schweizer, in der die Züge gebaut werden sollen.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 11.09.2007

REGIONALENTWICKLUNG UND -KOOPERATION

Österreich

Schwarzmeerregion Schwerpunkt in österreichischer Nachbarschaftspolitik

Im Rahmen der "Europäischen Nachbarschaftspolitik Konferenz" in Brüssel hob Staatssekretärin Christine Marek die Schwarzmeerregion, als Verkehrs- und Energiedrehscheibe zum Kaspischen Meer und nach Asien, als einen regionalen österreichischen Schwerpunkt hervor. Die Konferenz habe die "Vielfalt und den Wunsch nach einem differenzierten Zugang, aber auch gleichzeitig den Willen für einen gemeinsamen Weg deutlich sichtbar gemacht", so Marek.

Österreich setze bei der Europäischen Nachbarschaftspolitik vor allem auf die notwendige Verknüpfung des Donauraumes mit dem Schwarzmeerraum. Denn das enge interregionale Zusammenspiel "Donau - Schwarzmeer" als Bindeglied zwischen Ost und West "ist nicht nur für wachsende Handelsbeziehungen, sondern auch für die Diversifizierung der Energieversorgung von entscheidender Bedeutung". Ereignisse der jüngsten Vergangenheit hätten schließlich gezeigt, dass "Energie-Versorgungssicherheit" nicht selbstverständlich ist. Deswegen, aber auch aus Gründen der Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sei Energiepolitik "Top-Thema" der EU und für Österreich.

Gerade die Europäische Nachbarschaft arbeitet in einer der weltweiten Schlüsselregionen für Energielieferungen. Da die EU-weite Nachfrage nach Energieimporten in Zukunft weiter steigen werde, sei jede zusätzliche Lieferoption wichtig. Österreich verstehe sich hier stets als diplomatische Plattform, aber auch Energiedrehscheibe und wolle sich deshalb auch verstärkt in interregionale und multinationale Initiativen und Dialoge einbringen, so Marek abschließend.

Quelle: OTS, 03.09.2007

Das Land Niederösterreich unterstützt Kooperationen mit der Slowakei

Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für die Umweltbundesamt GmbH zur Förderung des Projekts "Hochwasser-Projekt March" im Rahmen des Programmes INTERREG IIIA Österreich-Slowakei in der Höhe von 76.301,40 Euro wurden genehmigt.

Auch die Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Förderung des Projekts "Laserscanning - Geländedatenerhebung March-Thaya" im Rahmen des Programmes INTERREG IIIA Österreich-Slowakei in der Höhe von 98.844 Euro wurden genehmigt.

Quelle: OTS, 03.09.2007

Impuls für ein Mittel- und Osteuropäisches Wissenschafts- und Forschungsnetzwerk

Der österreichische Bundesminister Hahn präsentiert mit Ministerin Dana Kuchtova (Tschechien), Vizepremierminister Daniel Valchev (Bulgarien), Minister Jure Zupan (Slowenien), Minister István Hiller (Ungarn), Vizepremierminister Jan Mikolaj (Slowakei) und den beiden Staatssekretären Charles Kleiber (Schweiz) und Stefan Jurga (Polen) die gemeinsamen Ziele der Forschungs- und Wissenschaftsagenden.

Quelle: OTS, 23.08.2007

Niederösterreichisch-Rumänische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Seit dem Jahr 2001 besteht auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich und der rumänischen Karpatenregion Lupeni. Im Rahmen eines Arbeitstreffens in Lupeni konnte sich eine niederösterreichische Delegation unter der Leitung von Dr. Gottfried Krasa, Abteilung Umweltrecht des Amtes der NÖ Landesregierung, kürzlich von den Fortschritten dieser Kooperation überzeugen. Für das Schigebiet Straja etwa erstellte das Land Niederösterreich sowohl einen Entwurf zur Verbesserung der Abwasserbeseitigung als auch ein Konzept zur Adaptierung der Liftanlagen auf EU-

Sicherheitsstandards und zu den Ausbaumöglichkeiten des Schigebietes. Im Zuge eines von einem niederösterreichischen Experten erstellten Masterplans wird derzeit eine Verbindungsstraße nach Straja gebaut.

Im Rahmen eines von der EU geförderten Projektes sollen die Abwässer von Straja zur biologischen Kläranlage ins Tal geleitet werden. Weiters ist geplant, ein Pilotprojekt zur getrennten Abfallsammlung in Straja zu initiieren. In Bezug auf eine Revitalisierung des ehemaligen Bergwerks- und Industrieareals in Lupeni wurde ecoplus International Rumänien einbezogen, um eine künftige wirtschaftliche Verwendung dieser Anlagen zu prüfen.

Seit dem Jahr 2005 besteht auch eine rege Zusammenarbeit mit dem Kreis Sibiu/Hermannstadt. Dabei wurden im Rahmen eines Expertentreffens in Sibiu kürzlich Arbeitsgespräche zu den Themen Abfalllogistik, Natura 2000, Umwelttechnologien etc. geführt. Die zweijährige Kooperation trägt auch bereits insofern erste Früchte, als seitens des Landes Niederösterreich eine Studie zur Abwasserbeseitigung im Unteren Harbachtal beauftragt wurde, die in den nächsten Wochen abgeschlossen werden soll.

Quelle: OTS, 10.07.2007

Erfolgreiche Vermarktung des Standorts Centrope geht weiter

Seit dem Jahr 2002 bemühen sich die Wirtschafts- und Betriebsansiedlungsagenturen der Centrope-Region um die Positionierung der Wirtschaftsregion Centrope als internationalen Top-Standort und als attraktives Ziel für ausländische Direktinvestitionen. Die Bündelung der Kompetenzen von vier Ländern in einer Region hat seither dazu beigetragen, die wirtschaftlich dynamische Wachstumsregion mit der Achse Wien-Bratislava im Mittelpunkt international sichtbar und attraktiv zu machen. Damit soll die gesamte Region in der wirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig gestärkt und noch wettbewerbsfähiger gemacht werden. Im Rahmen des Ende Juli abgeschlossenen Projekts "Foreign Direct Investment in Centrope (FDI)" wurden zahlreiche Vermarktungsaktivitäten durchgeführt, die nachhaltig zu mehr ausländischen Direktinvestitionen und Betriebsansiedlungen in der Region führen sollen. Neben den Partnern der Vienna Region - Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), ecoplus – Niederösterreichs Wirtschaftsagentur, Wirtschaftsservice Burgenland AG (WiBAG) und Austrian Business Agency (ABA) sind auch Partner aus Tschechien (Südmähren, Südböhmen), der Slowakei (Region Bratislava und Region Trnava) sowie Ungarn (Győr-Moson-Sopron und Vas) an der Entwicklung des gemeinsamen Standorts Centrope beteiligt. "Benachbarte Teilregionen aus vier Ländern, die zwar miteinander konkurrieren, sich aber bewusst zu einem Wirtschaftsraum zusammenschließen, das war neu und diese Herausforderung galt es zu bewältigen", sagen Mag. Monika Unterholzner und Mag. Petra Patzelt als Geschäftsführerinnen der Vienna Region GmbH. Bei Auslandspräsentationen und internationalen Investorenseminaren wurde der Standort Centrope Unternehmen und potenziellen Investoren als Brücke zwischen Ost und West sowie als wirtschaftliches Zugpferd im Zentrum Europas vorgestellt.

Quelle: OTS, 07.09.2007

Tschechien

Positive Zeichen aus Tschechien für Skischaukel über die Grenze

Die südböhmische Politik macht in Prag Stimmung für die Errichtung des Sesselliftes vom tschechischen Nova Pec auf den Hochficht. Das Projekt wird vom Kreis Südböhmen, den südböhmischen Parlamentariern und Senatoren sowie den Gemeinden aus dem Lipno-Gebiet unterstützt. Weil die Beherbergungsbetriebe in Tschechien nur im Sommer gut ausgelastet sind, seien der Hochfichtlift und zusätzliche Abfahrten ein wichtiger Wirtschafts-Impuls für das Lipno-Gebiet. Dass die Trasse durch den Nationalpark Sumava führt, ist für Tomas Jirsa, Senator für den Wahlkreis Lipno und Böhmerwald, kein Problem: "In der Kategorisierung für IUCN II-Schutzgebiete steht, dass diese vor allem für die Aufrechterhaltung von Ökosystemen und für Erholungszwecke vorgesehen sind. Es sollen aber auch die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigt werden", schreibt Jirsa in einer südböhmischen Tageszeitung. Ein schmaler Korridor für Lift und Abfahrt sei ein sehr geringer Preis für den großen Nutzen, den die Region haben würde.

Die Führung des Nationalparks Sumava solle, laut Jirsa, den Gemeinden entgegenkommen, welche schon seit Jahren die Verwirklichung des Lift-Projektes anstreben. "Es ist eine einmalige Gelegenheit, den Tourismus in der Wintersaison im tschechischen Böhmerwald anzukurbeln.

In den vergangenen Tagen hat der tschechische Umweltminister Martin Bursik vermehrt Post aus Südböhmen bekommen. "Mehrere Bürgermeister aus der Lipno-Region wollen mit Bursik über das Sesselliftprojekt sprechen", sagt Jirsa.

Auch auf der Mühlviertler Seite der Grenze beobachten viele Touristiker gespannt die Entwicklung im Nationalpark Sumava.

Quelle: "Oberösterreichische Nachrichten", 17.08.2007

Slowakei

Zwei Auslandsinvestoren wollen in der Slowakei drei Windkraftwerke bauen.

Die österreichische Firma Ce Energy Holding plant, mit dem Bau zweier Windparks in der Westslowakei bereits im nächsten Sommer zu beginnen. Als erstes entsteht das Windkraftwerk in Šala. Die Investitionskosten belaufen sich auf 2,7 bis 3,3 Milliarden SKK (81 bis 99 Millionen EUR). Das Kraftwerk soll über eine Leistung 50 bis 71 MW verfügen.

Der zweite Windpark soll in der Nähe der Stadt Vrábce um 1,3 bis 2,1 Milliarden SKK (39 bis 63 Millionen EUR) gebaut werden. Der Output beträgt 24 bis 46 MW.

Auch die spanische Firma Generación Eólica International mischt kräftig auf dem slowakischen Energiemarkt mit. Sie peilt die Errichtung einer Windkraftanlage in Dobšiná-Telgárt (Ostslowakei) für den Frühling 2009 an. Die Kosten für das 20MW-Kraftwerk liegen bei 1 Milliarde SKK (30 Millionen EUR).

Quelle: www.centropolitan.eu, 13.07.2007

Flächenwidmungsplan der Stadt Bratislava im Internet

Der neue Flächenwidmungsplan der Stadt Bratislava, der nach neun Jahren Vorbereitungszeit bewilligt wurde, steht im Internet zur Verfügung. Der Plan sieht weitreichende Bauarbeiten in diversen Stadtteilen vor.

Der neue Flächenwidmungsplan tritt mit 1. September 2007 in Kraft.

Unter www.bratislava.sk in der Sektion „Občan“ stehen sowohl der Textteil als auch der grafische Teil zur Verfügung. Der neue Flächenwidmungsplan dient als Grundinstrument der Stadtentwicklung, regelt die räumliche Gestaltung und funktionale Nutzung des Raumes für die nächsten 25 Jahre.

Das Stadtzentrum sollte vor allem entlang der Donau weiter entwickelt werden, auf der linken Seite sollen Hochhäuser und Polyfunktionsgebäude entstehen.

Auf der rechten Seite soll neben der Schnellbahn ein neues Stadtzentrum entstehen. ebenso sollte der Hochwasserschutz fertig gestellt werden. Massive Bauarbeiten erwarten auch die Stadtteile Rača und Vajnory. Hier werden Villenviertel, Technologiezentren und Umwidmungen mehrerer bestehenden Areale geplant. Im Nordwesten der Stadt soll ein neuer Stadtteil mit Villenvierteln, Einkaufs- und Freizeitzentren und Sporteinrichtungen entstehen. Tausende Wohnungen, Einkaufs- und Bürokomplexe und ein Sportareal sollten im Süden von Petržalka entstehen, ein neues Logistikzentrum in der Nähe des Flughafens.

Quelle: www.tvojepeniaze.sk, 02.08.2007

Ungarn

Haydn-Aufwand

Die Bundesländer Niederösterreich (Geburtsort), Burgenland (wo er am längsten tätig war) und Wien, überbieten sich geradezu im Eifer ihre Rolle im Haydn-Jahr zu betonen. Der burgenländische Landeshauptmann Niessl wies besonders auf die Verbindungen zwischen dem Burgenland und Westungarn hin, die sich mit dem Haydn-Jahr ergeben: "Haydn machte das einstige Provinzstädtchen Kismarton, heute Eisenstadt, und die Sommerresidenz Esterháza am Süden des Neusiedler Sees zu Zentren der Musikwelt des 18. Jahrhunderts. Heute nimmt sich die 1987 von Adam Fischer gegründete österreichisch-ungarische Haydn Philharmonie des – hierzulande lange vernachlässigten – Erbes des Genies an. Für das Burgenland ergibt sich mit der Kooperation in der Plattform Arge Haydn 2009 anlässlich des Haydn-Jahres einmal mehr die erfreuliche Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn Ungarn, dessen Teil diese Region einst war..."

Wie konkret oder eher symbolisch die Arge Haydn 2009 (Budget 850.000 Euro) allerdings wirklich mit Ungarn kooperieren kann, ist völlig offen, handelt es sich ja dabei in erster Linie um ein Marketinginstrument der beteiligten Bundesländer, also der Österreich-Werbung. Kooperationen im Grenzgebiet verlaufen entgegen der ewigen Freundschaftsbekundungen jedoch eher zäh und punktuell, schließlich handelt es sich ja auch um Konkurrenten in der Hotellerie und Gastronomie. Auch der "Kulturkreis Pannonien", eine der zahlreichen Esterházy-Stiftungen will Haydn als "über allem stehende Trademark für das Burgenland" etablieren.

Quelle: www.wienerlloyd.com, 06.07.2007

Verleihung des CENTROPE-Preises

Zum ersten Mal wird heuer der mit 10.000 Euro dotierte "CENTROPE-Preis" für herausragendes grenzüberschreitendes Engagement in Zentraleuropa verliehen.

Der Preis wurde von der Stadt Wien und der Raiffeisenbank Niederösterreich-Wien gestiftet und wird am 19. September im Wiener Rathaus verliehen.

Die "CENTROPE"-Initiative wurde durch eine politische Willenserklärung aller Centrope-Länder im Jahr 2003 (Vertrag von Kittsee) ins Leben gerufen und soll zur Intensivierung des Austausches und dem Ausbau von grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen der "Vienna Region" (Wien, Niederösterreich, Burgenland) und den Nachbarregionen in Tschechien, der Slowakei und Ungarn - der Europa Region Mitte - beitragen. Die "CENTROPE"-Initiative befasst vorrangig die Bereiche Forschung und Ausbildung ebenso wie Wirtschaft, Regionalentwicklung, Infrastruktur, Kultur und Standortmarketing.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 12.09.2007

Burgenland wird internationale Drehscheibe für Kunststoff-Industrie – Fachtagung in der Wirtschaftskammer Burgenland

70 Teilnehmer aus Oberösterreich, Niederösterreich sowie dem Burgenland und dem benachbarten Ungarn diskutierten im Rahmen der Fachtagung die Zukunft der Kunststoffverarbeitung in Europa. Kunststoff mit seinen Anwendungsmöglichkeiten – von Bio Verpackungen bis hin zu medizinischen Implantaten – wird in der Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen, ist man seitens der Experten sicher.

Eines der zentralen Themen war der Facharbeitermangel, der nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn betrifft. Ein grenzüberschreitendes Ausbildungsprojekt zwischen Österreich und Ungarn soll langfristig Abhilfe schaffen. Als Drehscheibe bietet sich die Wirtschaftskammer Burgenland mit ihren Kontakten nach Westungarn an.

Quelle: portal.wko.at, 14.09.2007

TOURISMUS UND KULTURELLE VIELFALT

Österreich

Baden wird bis 2012 Kompetenzzentrum für internationale Gartenkultur

Die Aktion "Natur im Garten" sei in Niederösterreich seit 1998 mit ihrem naturnahen Gärtnern und mit ökologischem Denken zu einer Erfolgsstory geworden, sagte heute, Freitag, 24. August, Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka in St. Pölten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Badener Bürgermeisterin, Landtagsabgeordnete Erika Adensamer. Seit Jahren würden etwa am Gartentelefon 30.000 Beratungen durchgeführt, und über 100 Schaugartenanlagen seien die "gärtnerische Visitenkarte des Bundeslandes". Dadurch habe man sich in Mitteleuropa zu einem Gartenkompetenzzentrum entwickelt, das demnächst in Tulln mit über 40 Hausgärten als Muster-Anlagen einen Standort bekommen soll.

Als zweites Vorhaben werde man jetzt bis 2012 die Stadtgemeinde Baden mit ihren großen Garten- bzw. Parkanlagen zum Kompetenzzentrum für internationale Gartenkultur machen, kündigte Sobotka an. Die Stadtgemeinde und das Land investieren für die Planung und Vorbereitung in den Jahren 2007 und 2008 rund 600.000 Euro. "Ohne die Hilfe des Landes wäre es der Stadt Baden nicht möglich gewesen, diese Investitionen zu tätigen", erklärte Adensamer; eine eigene Planungs- und Betriebsgesellschaft ist bereits gegründet worden.

Das internationale Zentrum für Gartenkultur soll bis 2012 mit einer Ausrichtung auf Fachpublikum und der Erschließung neuer Besucherschichten die Anlagen in Baden neu strukturieren und damit zu einer touristischen Attraktion von größtem Ausmaß machen. Baden habe für dieses Zentrum mit dem Rosarium, der Orangerie und dem Doblhoffpark, mit dem größten Kurpark Europas mit über 52 Hektar Fläche, einem Stadtgartenamt und dem 1864 gegründeten Gartenbauverein schon bisher die besten Voraussetzungen, so Sobotka.

Quelle: OTS, 24.08.2007

Start der regionalen Betreuung zur Landesausstellung 2009

Seit kurzem beschäftigt das Regionalmanagement Waldviertel zwei neue Projektassistentinnen, die für die Betreuung der Landesausstellung 2009 zuständig sind. Mit den drei Standorten Raabs, Horn und Telc (tschech.); wird es in zwei Jahren erstmals eine grenzüberschreitende NÖ Landesausstellung geben, was eine besondere Herausforderung und große Chance für die gesamte Region darstellt.

Ziel der regionalen Betreuung ist es, eine gemeinsame Plattform zu bilden und im Sinne einer Vernetzung die handelnden Akteure an einen Tisch zu bringen, um einen größtmöglichen Nutzen für die Region zu erwirken. Die Summe der verwirklichten Projekte und die Umsetzung der Ideen, die aus der Region kommen, sind - auch im Sinne der Nachhaltigkeit - der Erfolg der beteiligten Standorte und Regionen.

Um eine bestmögliche Betreuung für die Standorte Raabs und Horn zu ermöglichen, stehen Michaela Scheidl (Raabs) und Saskia Kaas (Horn) ab sofort als Ansprechpartnerinnen für Projekte, Ideen, Anregungen und Anfragen rund um die Landesausstellung 2009 direkt vor Ort zur Verfügung.

Erreichbar sind die Projektassistentinnen unter 0676/462 08 09, Michaela Scheidl, und e-mail michaela.scheidl@rm-waldviertel.at bzw. 0676/462 08 11, Saskia Kaas, und e-mail saskia.kaas@rm-waldviertel.at. Nähere Informationen beim Regionalmanagement NÖ/Regionalmanagement-Büro Waldviertel unter 02822/9025-20213, Silvia Kellner, e-mail info@rm-waldviertel.at, www.rm-waldviertel.at und www.regionalmanagement-noe.at.

Quelle: OTS, 13.08.2007

Exkursion zu prämierten Schaugärten

In den vergangenen Jahren entstanden in Niederösterreich etliche Schau- und Mustergärten, die von einer unabhängigen Jury prämiert wurden. Morgen, Dienstag, 7. August, findet ab 11 Uhr eine Exkursion zu drei dieser ausgezeichneten Gärten statt. Die Busfahrt führt vom Schaugarten Pozzobon in Schwechat-Rannersdorf zum "barocken" Garten nach Schloss Hof und weiter zum Gelände der niederösterreichischen Landesgartenschau nach Tulln, die im April 2008 mit 42 Schau- und Mustergärten eröffnet wird. Dort arbeitet man derzeit intensiv an dem Gesundheitswassergarten, dem Garten der Seensüchte bzw. den Stauden-, Rosen- und Kräutergärten. Zusätzlich entsteht für Kinder ein naturnaher Spielplatz und für alle, die das Gelände von oben betrachten wollen, ein Baumwipfelweg auf 30 Meter Höhe sowie ein Wasserpark zum Erkunden des Geländes vom Kanu aus.

Der Ausflug soll Planern, potenziellen Gartenbesitzern sowie allen Interessierten Gelegenheit geben, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Dabei können die Teilnehmer auch mit den Ausführenden und Nutzern diskutieren. Begleitet und fachkundig betreut wird die Exkursion von Thomas Balluch vom Verein "Natur im Garten" und von Christian Wallner, Obmann von der "Umweltberatung" Niederösterreich.

"Mit dem landesweiten Schaugartennetzwerk, dem Festival der Kampalalgärten, der Landesgartenschau in Tulln und in Grafenegg 2008 sowie dem neuen Gartenkompetenzzentrum in Tulln hat sich Niederösterreich nachhaltig als das ökologische Gartenland positioniert", meint dazu Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka. Ziel der Aktion "Natur im Garten" sei es, die Landesbürger zu motivieren und zu unterstützen, ihren Garten möglichst naturnah zu gestalten.

Quelle: OTS, 06.08.2007

Tschechien

Prager Theater wird neues Havel-Stück uraufführen

Die Uraufführung des neuen Theaterstücks des tschechischen Schriftstellers und Expräsidenten Václav Havel wird kommenden Sommer im Prager Vinohrady-Theater stattfinden. Havel verfasste das Stück „Abschied“ (Odcházení) heuer im Rahmen seines kreativen Aufenthaltes in New York. Thema ist – wenig überraschend – die Politik. Der Vertrag zwischen Havels Agentur und dem Theater beendet einen Streit darüber, wo Havels neues Stück uraufgeführt werden sollte. Vor kurzem waren Verhandlungen zwischen Havel und dem Tschechischen Nationaltheater an Fragen der Besetzung gescheitert

Quelle: www.compresspr.at, 22.09.2007

Slowakei

Nationaler Salon lädt zu 100 Weinen ein

Hundert der besten slowakischen Weine werden im Rahmen des Nationalen Weinsalons im Schloss Pezinok vorgestellt. Es handelt sich um die Auswahl von Weinen aus der ganzen Slowakei, die im Rahmen von 16 Nominierungsrunden ins Finale gekommen sind.

In eine engere Wahl wurden aus etwa 7000 nominierten Weinen 326 ausgewählt. In den Top Hundert sind Weine von 35 Winzern und Weingesellschaften.

Die Slowakei hat bewiesen, dass sie ein Land von qualitativ hochwertigen Weißweinen ist. Diese sind zu 60% vertreten. Ein Drittel der Salonweine sind Qualitätsrotweine, jeweils zwei Prozent der ausgezeichneten Weine sind Rose-, Perlweine und Tokajer. Rotweine aus dem Jahr 2006 haben ein hohes Potenzial, den vollen Geschmack erreichen sie erst in ein bis zwei Jahren.

Quelle: spravny.pravda.sk, 07.09.2007

Ungarn

60 Millionen für Schloss Eisenstadt

Das Land Burgenland, die Landeshauptstadt Eisenstadt und die "Esterházy Familien-Privatstiftung" haben die „Burgenlandstiftung Schloss Esterházy Eisenstadt“ ins Leben gerufen. Diese wird eine Gesamtanierung des Schlosses Esterházy in Angriff nehmen, die sich mit insgesamt 60 Millionen Euro zu Buche schlägt. Neben der Grundinfrastruktur, Stiegenhäusern und der Gebäudetechnik sollen bereits bis zum Haydnjahr 2009 der Haydnssaal sowie die Innenhof-Fassade saniert sein. In den Jahren 2010 und 2011 soll dann die Gesamtanierung des Schlosses abgeschlossen werden.

Nach betont konstruktiven Verhandlungen zwischen Landeshauptmann Hans Niessl und Kulturlandesrat Helmut Bieler als Vertreter des Landes Burgenland und Stefan Ottrubay, Geschäftsführer der Esterházy Betriebe, als Vertreter der Familien-Privatstiftung, habe man ein gemeinsames Konzept der zukünftigen Verwaltung und Veranstaltungsbetreuung in Schloss und Orangerie gefunden. Ein „Jahrhundertprojekt“, wie man vermerkt. Dazu wird die Esterházy-Stiftung Schloss, Schlosspark und Orangerie in die neue Burgenlandstiftung mit einer langfristigen Pachtvereinbarung einbringen, in deren Rahmen auch wertvolle Teile des Schlosses zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Seitens der Esterházy Betriebe ist zusätzlich die Sanierung der erweiterten Schlossanlage, die neben dem eigentlichen Schloss auch die historischen Stallungen, ein Hotelprojekt und die Schaffung einer Galerie für zeitgenössische Kunst umfasst, in Planung. In den Stallungen werden ein Edelrestaurant und ein Kaffeehaus einziehen, Wein- und Lebensmittelangebote werden die burgenländische und pannonische Region kulinarisch repräsentieren.

Quelle: www.wienerlloyd.com, 06.07.2007

Neues Munkácsy-Gemälde entdeckt

In der Schweiz fanden Experten ein bislang nicht registriertes Gemälde des ungarischen Malers Mihály Munkácsy, berichtete die Tageszeitung Békés Megyei Hírlap. Der Besitzer Alexis Brasseur ist ein entfernter Nachfahre des Malers. Er bot das Bild „La petite Jeanne“, ein Remake des bekannten Gemäldes „Flört“ (1888), dem Munkácsy-Museum in Békéscsaba für 100.000 Euro an. An dem Kauf will sich das Kulturministerium beteiligen, außerdem werden Bürger aufgerufen, zu spenden.

Quelle: www.budapester.hu, 10.09.2007

Lendvais "zutiefst persönlicher" Bericht

Der Journalist und Autor mit ungarischen Wurzeln, Paul Lendvai, hat mit "Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht" ein Buch zu einem halben Jahrhundert Nachkriegsgeschichte vorgelegt. In diesem "zutiefst persönlichen Bericht" gehe es um das Erlebte eines Journalisten in Österreich "im Spiegel der Begegnungen mit Persönlichkeiten", so Lendvai in der Einleitung.

Lendvai, der seit 1959 österreichischer Staatsbürger ist, zeichnet die Geschichte der 2. Republik chronologisch nach, beginnend mit der "Stunde Null 1945" über Langzeit-SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky bis zum "Wendekanzler Schüssel". Im Mittelpunkt des Buches stehen die politischen, wirtschaftlichen und medialen Größen des Landes, mit denen der Autor Gespräche geführt hat, ergänzt durch persönliche Erlebnisse des Autors als Auslandskorrespondent angesehener internationaler Zeitungen wie der "Financial Times".

Der vor dem Kommunismus geflüchtete Lendvai sieht in der Entwicklung Österreichs eine "einzigartige Erfolgsbilanz", und sucht die Gründe dafür in den politischen und wirtschaftlichen Führungspersonen des Landes. Dabei werden dem Leser immer wieder geradezu intime Einblicke in die Persönlichkeitsstrukturen etwa Bruno Kreiskys oder dem Sozialpartnergespann Anton Benya und Rudolf Sallinger gewährt.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit ist eines der zentralen Themen des Buches, etwa wenn es um die „brauen Flecken“ der SPÖ geht, um die Waldheim-Affäre oder die sogenannten Sanktionen der EU gegen Österreich nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000.

Quelle: volksgruppen.orf.at, 13.09.2007

Neusiedler See Tourismus ausgezeichnet

Am Mittwoch wurde die Neusiedler See Tourismus GmbH mit dem Mobilitätspreis des VCÖ ausgezeichnet. Grund sei die Verbesserung des autofreien Mobilitätsangebots rund um den Neusiedler See, hieß es in der Begründung.

Ausgezeichnet wurde ein von der Neusiedler See Tourismus GmbH (NTG) eingereichtes Verkehrsprojekt für die Region Neusiedler See. Abgestimmt auf den Tourismus wurde ein umfassendes Konzept entwickelt,

welches eine Entwicklung im Einklang mit der Natur ermöglicht, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) bei der Preisverleihung.

Das Konzept der NTG baut auf bestehende Angebote von Bus, Bahn und Fähren auf. Zielgruppe seien sowohl Touristen, als auch die einheimische Bevölkerung im Freizeit- und Ausflugsverkehr, so NTG-Geschäftsführer Dietmar Keller. Bereits seit dem Vorjahr wird in der Region Neusiedler See "Urlaub vom Auto" geboten. Die mittlerweile 105 Mitgliedsbetriebe holen dabei die Urlaubsgäste beispielsweise vom nächsten Bahnhof ab. Zudem verkehrt zwischen Wien und Neusiedl ein "Erlebniszug", der an Feiertagen bis St. Andrä verlängert wird. Neu ist auch eine direkte Busverbindung zum Märchenpark in St. Margarethen, so Keller.

Der diesjährige Mobilitätspreis stand unter dem Motto "Stadt.Land.mobil", erklärte Willi Nowak, Geschäftsführer des VCO (Verkehrsclub Österreich). 207 Projekte wurden österreichweit eingereicht, im Burgenland waren es rund 25. "Es gibt viele tolle Projekte, die durch den Preis Nachahmer finden sollen", so Nowak.

Nowak riet, "verkehrssparend" zu bauen: "Standorte im Ortszentrum und bei öffentlichen Verkehrsknoten sollen eine höhere Förderung bekommen."

Quelle: burgenland.orf..at, 13.09.2007